

## 6. Sitzung

### des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 28. Oktober 2015

#### Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Holzer Othmar, Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian (ab 20:08 Uhr) Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gübler Gerda, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Kracher-Schramm Sabina, Mayer Wolfgang	
Gemeinderäte-GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra, Mag. Straka Andreas	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	

#### Entschuldigt:

GR Glasl Markus (FPÖ),  
StR Dr. Moser Christian bis 20:08 Uhr (ÖVP)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

### **II. Genehmigung des Protokolls vom 09.09.2015**

### **III. Bericht des Prüfungsausschusses**

### **IV. Anträge des Bürgermeisters**

- 1.) Bahnhofsviertel Stockerau – Leitbildprozess – Grundsatzbeschluss
- 2.) Verleihung des Ehrenringes an Vizebgm.a.D. Niederhammer Christa
- 3.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Hilfswerkes Stockerau
- 4.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen der Volkshilfe Stockerau
- 5.) Verleihung von Helfedienstmedaillen an Feuerwehr Stockerau
- 6.) Verleihung von Helfedienstmedaillen an Rotes Kreuz, Ortsstelle Stockerau
- 7.) Dank und Anerkennung – Stadtrat a.D. Mag. Krislaty Gerd
- 8.) Löschungserklärung der Dienstbarkeit über Grundstück Nr. .1143
- 9.) Löschungserklärung – Wallner Harald und Paula

### **V. Anträge des Stadtrates**

#### **a) Finanzen**

- 1.) Festlegung der Saalmieten für Hochzeiten
- 2.) Heizkostenunterstützung – Verlängerung
- 3.) Beauftragung zur Einholung eines verbindlichen Angebotes für eine Namensschuldverschreibung
- 4.) Ankauf von zwei Häusern FH Fertighaus GmbH & Co. KG
- 5.) Straßenbeleuchtung – Ankauf von LED-Lichtpunkten
- 6.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 291/2 an Mag. Wittmann Monika

#### **~~b) Stadtentwicklung, Verkehr und Liegenschaftsmanagement~~**

**abgesetzt**

- ~~1.) Änderung örtliches Raumordnungsprogramm~~
- ~~2.) Änderung Bebauungsplan~~
- ~~3.) Vereinbarung gemäß § 17 NÖ Raumordnungsgesetz – Strohmayer Henk Gerda~~

#### **c) Park- und Gartenanlagen, Forst**

- 1.) Antrag an die NÖ Fischereibehörde zur Feststellung von Fischereirechten im Verbindungsgerinne Sechtelbach

### **VI. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973**

- 1.) Entwicklung der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung von Stockerau
- ~~2.) Aussprache zum Verkehrskonzept~~ **abgesetzt**

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

**I. Anträge des Bürgermeisters**

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) Einbringung einer Klage gegen Leasinggesellschaft

**II. Antrag gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973**

- 1.) Aktuelles zur KIG

**I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gibt Bürgermeister Laab bekannt, dass folgende Tagesordnungspunkte abgesetzt werden, und zwar:

- |          |   |
|----------|---|
| V./b./1. | Änderung örtliches Raumordnungsprogramm                       |
| V./b./2. | Änderung Bebauungsplan  |
| V./b./3. | Vereinbarung gem. § 17 NÖ Raumordnungsgesetz – Strohmmer-Henk |

Gemeinderat Falb: Zur Tagesordnung – Ich ersuche namens meiner Fraktion, den Tagesordnungspunkt VI./2. "Aussprache zum Verkehrskonzept" von der Tagesordnung zu nehmen. Wir haben diesen Tagesordnungspunkt gem. § 46 Abs. 1 beantragt, da sich nun der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung befindet, nämlich Bahnhofsviertel, wo wir unsere Fragen ansprechen können, benötigen wir diesen Tagesordnungspunkt nicht mehr.

Der Tagesordnungspunkt VI./2. wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Gemeinderat Pfeiler: Zum Tagesordnungspunkt V./b./1. und V./b./2. möchten wir seitens der GRÜNEN anregen, dass in Zukunft Änderungen des Raumordnungsprogrammes oder des Bebauungsplanes die einzelnen Änderungspunkte als einzelne Beschlussanträge in die Tagesordnung aufgenommen werden, um die einzelnen Änderungsanträge differenziert zu diskutieren und beschließen zu können.

Bürgermeister Laab: Wir werden das für die nächsten Anträge, diese Punkte betreffend, genauso machen, dass diese Punkte einzeln abgestimmt werden können und dass diese einzeln auch vorgebracht werden.

Gemeinderat Falb: Wir schließen uns diesem Vorschlag an. Für den heutigen Tag hätten wir eigentlich in Form eines Abänderungsantrages den einen nicht gewünschten Punkt herunternehmen können und die anderen beschließen.

Stadtrat Holzer: Man hätte nicht nur einen sondern mehrere Punkte herunternehmen müssen. Wir werden das in einer Ausschusssitzung vorbesprechen und so vorlegen, dass man einzelne Punkte hat.

## **II. Genehmigung des Protokolls vom 09.09.2015**

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 09.09.2015 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

### Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

## **III. Bericht des Prüfungsausschusses**

Gemeinderat Falb: Bericht über die am 18. September 2015 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Falb Martin  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Kopf Eleonore  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Hellwein Christian  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Pollak Daniel  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Minibeck Manfred  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Straka Andreas  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Dummer Gerhard  
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR Gübler Gerda  
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Glasl Markus

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 26.08.2015 € -9.970.157,68.

II.SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen	nicht verbuchte Einnahmen
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 28.183.297,76	
KASSA	€ 356.704,13	
PSK 7332.355	€ 11.700,51	
RB 9001	€ 477.064,00	
RAIBA 1000 Jahre Stockerau	€ 14.050,69	
RAIBA Fischaufstiegshilfe	€ 19.732,80	
RAIBA PV-Anlage	€ 17.575,00	
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	
BA-CA/Straßenbau	€ 10,34	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 155.185,87	
BA-CA/Pflegeheim	€ 240.028,45	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 284.478,22	
BA-CA/Organstrafen	€ 184.917,34	
BA-CA/Wertpapiere	€ 93,69	
BA-CA/Grundstücke	€ 10,34	
Baukonto ABA BA 17	€ 0,00	
Baukonto WVA BA 09	€ 0,00	
BAWAG PSK - ABA BA 18	€ 0,00	
BAWAG PSK - Nachmittagsbetr.	€ 10.000,00	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 0,00	
Gesamteinnahmen	€ 29.954.849,14	

	verbuchte Ausgaben	nicht verbuchte Ausgaben
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 31.120.280,86	
KASSA	€ 341.302,54	
PSK 7332.355	€ 399.629,67	
RB 9001	€ 473.004,11	
RAIBA 1000 Jahre Stockerau	€ 4.456,59	
RAIBA Fischaufstiegshilfe	€ 99.455,92	
RAIBA PV-Anlage	€ 28.769,91	
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	
BA-CA/Straßenbau	€ 10,34	
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 153.636,41	
BA-CA/Pflegeheim	€ 207.677,94	
BA-CA/Kartenverkauf	€ 219.366,78	
BA-CA/Organstrafen	€ 173.908,70	
BA-CA/Wertpapiere	€ 93,69	
BA-CA/Grundstücke	€ 10,34	
Baukonto ABA BA 17	€ 0,00	
Baukonto WVA BA 09	€ 0,00	
BAWAG PSK - ABA BA 18	€ 0,00	
BAWAG PSK - Nachmittagsbetr.	€ 703.403,02	
BA-CA/Kontokorrentkred.	€ 6.000.000,00	
Gesamtausgaben	€ 39.925.006,82	
Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben	-€ 9.970.157,68	

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

Der Prüfungsausschuss weist darauf hin, dass gemäß § 79 der NÖ Gemeindeordnung die Kassenkredite ein Zehntel der veranschlagten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes nicht übersteigen dürfen. Das wären – umgelegt auf die Stadtgemeinde Stockerau € 4.732.910,--. Gegenüber dem letzten Bericht des Prüfungsausschusses hat sich der Kassenkredit um € 1.538.946,82 verringert.

### III. Parkplatz- und Spielplatz-Ersatzabgaben - Vollzugspraxis

Der Prüfungshandlung wurde Hr. Ing. Vasicek vom Bauamt beigezogen.

Die diesbezüglichen Feststellungen werden amtsseitig im Zuge des jeweiligen Baubewilligungsverfahrens gemacht und anschließend daran ein Bescheid erlassen bzw. wird mit den Bauwerbern in ein Verhandlungsverfahren eingetreten, welches in den Abschluss einer Vereinbarung mündet. Die Fälligkeit der jeweiligen Ersatzabgabe ist im Zeitpunkt der Anzeige des Baubeginnes gegeben.

Im Jahr 2015 erfolgte noch keine Vorschreibung einer Spielplatzersatzabgabe, Parkplatzersatzabgaben wurden im Ausmaß von € 38.200,-- vorgeschrieben (ein Anwendungsfall).

Seit 1. Februar 2015 sind auch Fahrradstellplatzersatzabgaben zu leisten. Bisher kam diese neue Bestimmung noch nicht zum Tragen. Es existiert diesbezüglich auch noch keine Verordnung des Gemeinderates. Der Prüfungsausschuss empfiehlt, eine solche zu erlassen, bzw. eine neue Verordnung zu erlassen, welche alle drei Arten der Ersatzabgaben umfasst.

#### IV. „Vergünstigte“ Eintrittskarten für die Festspielpremieren

Zu diesem TOP wurde Stadtamtsdirektorin Dr. Riedler beigezogen.

Im Frühjahr 2015 gab es in Stockerau eine öffentliche Diskussion um sog. „Freikarten“ für die Festspielpremiere.

Festzuhalten ist, dass für die Festspielpremiere in Stockerau keine Freikarten aufgelegt werden, sondern sämtliche Eintrittskarten für die Premiere tarifmäßig ausgepreist sind. Ein kleineres Kartenkontingent geht jeweils in den freien Kartenverkauf, die übrigen Eintrittskarten gehen – als Teil ihres Bühnenvertrages – an die Schauspieler. Ein weiteres Kontingent geht an Vertreter der Medien. Ein drittes Kontingent geht an Großsponsoren und bildet einen Bestandteil der Sponsorenvereinbarung. Letztlich geht ein Kontingent an die zur Premiere eingeladenen Ehrengäste, u.a. die Stadt- und Gemeinderäte von Stockerau.

Sämtlichen Premierenkarten – mit Ausnahme jener, die im freien Verkauf stehen – ist ein Erlagschein und ein höfliches Ersuchen beigelegt, den Kartenpreis an die Stadtgemeinde einzuzahlen. Bei Journalisten – bei ihnen ist (auch bei anderen derartigen Veranstaltungen) die Berichterstattung über die Premiere als Gegenleistung zu betrachten, welche im allergrößten Interesse der Stadtgemeinde liegt -, bei Sponsoren und bei den Schauspielern wird eine Einzahlung nicht erwartet und erfolgt in der Regel auch nicht. Die übrigen Ehrengäste zahlen den regulären Kartenpreis zum allerüberwiegenden Teil ein. Aufgrund des Charakters der Einladung und des Begleitschreibens dazu, besteht hierzu keine rechtliche Verpflichtung, sondern es wird die Einzahlung nur „anheimgestellt“.

In Summe wurden für die Festspielpremiere 2015 Karten unter Beilage eines Erlagscheines in Wert von insgesamt € 22.879,- ausgegeben. Bis zum Prüfungsausschuss erfolgten unter diesem Titel Einzahlungen in Höhe von € 9.953,-.

Es wird empfohlen, im Prinzip bei der bisher gewählten Praxis zu bleiben, künftig Erlagscheine aber nur mehr bei den „echten“ Ehrengästen beizulegen, bei den Premierenkarten für – Medienvertreter, für Schauspieler und bei Karten im Rahmen von Sponsorpaketen – davon jedoch abzusehen und das Begleitschreiben künftig so abzufassen, dass die Ehrengäste unmissverständlich davon ausgehen können, dass eine Kostenerstattung in Höhe des tarifmäßigen Kartenpreises „erwartet wird“.

#### V. Unverbrauchte Kreditreste

Direktor Zimmermann informiert darüber, dass bei kreditfinanzierten Projekten folgende Vorgangsweise herrscht:

Bei „größeren“ Vorhaben (etwa bei Abschnitten von Kanalbauvorhaben), aber auch bei den allermeisten übrigen Vorhaben werden die benötigten Kreditteile erst bei Vorliegen der Rechnung im benötigten Ausmaß abgerufen.

Gelegentlich – so beim Anlassfall der Lüftungsanlage des Belvedereschlüssels – werden Kredite vorab abgerufen und unverbrauchte Kreditreste an die Bank rückgeführt. Dem Gemeinderat stünde es aber auch frei, einen unverbrauchten Kreditrest einem anderen Projekt zu widmen.

## VI. Beratungskosten der Stadtgemeinde Stockerau

Dem Prüfungsvorgang wohnte Stadtamtsdirektorin Dr. Riedler bei.

Von Dir. Zimmermann wurde eine Unterlage vorbereitet, welche die im Rechnungsjahr 2015 erfolgten Zahlungen umfasst. Die Stadtgemeinde Stockerau hat in diesem Zeitraum insgesamt € 254.233,59 an Beratungshonorar aufzuweisen. Die Zahlungen gingen an 10 verschiedene Werknehmer der Stadtgemeinde. Den Aufwendungen für die Berater stehen in zwei Fällen nicht unbeträchtliche Einnahmen der Stadtgemeinde gegenüber. Im Rahmen der Sitzung ergaben sich bei den Beratungsverträgen mit der Unternehmensberatung ASPET (Beratung über Prüfung von Leasingverträgen), der Collatio Finanzconsulting GmbH. (Beratung im Kontext der KIG) und dem KDZ (Haushaltskonsolidierung der Stadtgemeinde) einige Fragen. Deshalb wird diese Prüfungshandlung an dieser Stelle unterbrochen und wird in einer Sitzung des Prüfungsausschusses am 28.10.2015 um 17:00 Uhr fortgesetzt.

## VII. Ankündigungswesen der Stadtgemeinde

Von Privaten auf öffentlichen Flächen aufgestellte Werbetafeln, z.B. A-Ständer vor Geschäften, unterliegen der Gebrauchsabgabe. Die Tarife sind im NÖ Gebrauchsabgabengesetz 1973 und in einer dazugehörigen Verordnung der Stadtgemeinde Stockerau geregelt. In jedem Einzelfall, derzeit 56, gibt es einen solchen Bescheid des Bauamtes. Eine gesonderte Verbuchung für Einnahmen für solche Werbemaßnahmen erfolgt nicht, da sämtliche Fälle von Gebrauchsabgaben unter einem verbucht werden. Die Stadtgemeinde erlöst aus dem Titel "Gebrauchsabgaben" ca. bis € 200.000,-- im Jahr.

Für das Anbringen von Wegweisern und Werbungen, deren Größe und Farbgebung nach der Straßenverkehrsordnung geregelt ist, sind diejenigen, die in der Art von Verkehrszeichen ausgeführt sind, werden Sondernutzungsverträge zwischen dem jeweiligen Aufsteller und der Stadtgemeinde Stockerau getroffen. Die Einnahmen aus diesem Titel lagen im Jahr 2014 bei ca. € 2.900,--.

An 50 Standorten im Stadtgebiet können von Privaten städtische Plakaträhmen beispielsweise für Veranstaltungshinweise gebucht werden. Die Richtlinien für die Plakatierung im Gebiet der Stadtgemeinde Stockerau geben den diesbezüglichen Tarif vor. Im konkreten Fall der Ankündigung des Senningbachfestes der SPÖ-Sektion-Ost am 22.08.2015 wurde bis dato keine Rechnung ausgestellt. Nach Angaben von Dir. Zimmermann wird diese in den nächsten Tagen erfolgen. Das Entgelt beträgt € 70,--.

An einigen Standorten in Stockerau z.B. im Umfeld der Autobahnabfahrten und beim Kloster sind hinterleuchtete Plakatträger aufgestellt. Diesbezüglich bestehen mit drei verschiedenen Ankündigungsfirmen privatrechtliche Verträge, aus denen seitens der Stadtgemeinde ein jährlicher Erlös von ca. € 14.000,- erzielt wird.

#### VIII. Allfälliges

Es wurden die nächsten Termine vereinbart.

Wir hatten heute eine kurze Sitzung des Prüfungsausschusses abgehalten. Das Protokoll dazu wird erst erstellt, aber einvernehmlich und unstrittig haben wir dabei festgestellt. Ein Stand des Kassenkredites von € 10.211.074,90. Dazu ist zu sagen, dass hier eine Summe von € 1.558.767,- aus der Auflösung des sogenannten GF48 eingeflossen ist.

Als 2. haben wir auch festgestellt, das ist ein follow up zur vorletzten Sitzung des Prüfungsausschusses, dass derzeit fällige Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde zum Stichtag 15.04.2015 von € 3.212.551,53 bestehen und fällige Forderungen der Gemeinde zum selben Stichtag von € 4.984,439,14.

Wie gesagt, in der nächsten Gemeinderatssitzung werden wir dazu im Detail berichten.

**Beschluss:**

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### IV. Anträge des Bürgermeisters

#### 1.) Bahnhofsviertel Stockerau – Leitbildprozess - Grundsatzbeschluss

##### Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Mobilitätskonzept NÖ 2030+ und Verkehrskonzept Stockerau 2015 ist das Stockerauer Bahnhofsviertel als zukünftiges Entwicklungsgebiet bezeichnet. Auf Landesebene steht die Stadtentwicklung bei hochrangigen ÖV-Knoten, beim Stadtverkehrskonzept die Verkehrsberuhigung im Zentrum sowie die Aufwertung extensiv genutzter Flächen in zentraler Lage im Vordergrund.

Vordergrund; so heißt es im Verkehrskonzept Stockerau: „Hier könnte also ein dichtes, gemischt genutztes Stadtviertel mit Wohnungen, Büros und Geschäften sowie einem in die Bebauung integrierten Busbahnhof entstehen. Dieser städtebauliche Impuls würde auch die östlich anzuschließenden Betriebsgebiete, die durch eine direkte Straßenverbindung zur A22 (Südspange) angebunden werden, aufwerten. Diese Südspange leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung des Zentrums und ermöglicht es, die niveaugleiche Bahnquerung bei der Alois Negrelli-Straße aufzulassen. Höhere Bebauung entlang der Bahn kann als Schallschutz zu den angrenzenden Gebiete wirken“

Dazu wird ein mehrstufiger Planungs- und Beratungsprozess mit den wesentlichen Handlungsträgern angeregt. Die erste Stufe wäre ein Leitbildprozess, in dem die Handlungsbereitschaft der Akteure und die ökonomische Machbarkeit ausgelotet werden soll.

Der Leitbildprozess sollte möglichst kompakt innerhalb eines Jahres abgewickelt werden.

Die Beteiligten, Interessensvertretungen, wie das Land NÖ (RU7), die ÖBB und die Stadtgemeinde Stockerau, welche das Kernteam darstellen, einigten sich auf nachstehenden Kostenschlüssel für die Leitbildprozesskosten.

Stadtgemeinde Stockerau	45 %
Land NÖ	45 %
ÖBB Infrastruktur	10 %

Die Organisation und Moderation der Kernteamsitzungen obliegt Rosinak & Partner, die NÖ Regional GmbH. ist für den Arbeitskreis, welcher aus dem Kernteam, der Asfinag, relevanten Fachdienststellen, VOR und dem Planungsteam besteht.

In der am 28.9.2015 stattgefundenen Startsituation des Kernteams wurde vereinbart, dass die Stadtgemeinde Stockerau die Leitbildprozesskosten gemäß Angebot vom 29.9.2015 des Ziviltechnikerbüros Rosinak & Partner in der Höhe von netto € 86.000,-- vorfinanziert, wobei die Kostenübernahme durch das Land NÖ von 45 % bzw. der ÖBB Infrastruktur von 10 % noch vertraglich abgesichert werden muss.

Antrag: Im Bahnhofsgebiet Stockerau wird auf Basis des Verkehrskonzeptes 2015 und den Mobilitätskonzept NÖ 2030+ ein Leitbildprozess hinsichtlich gemischt genutztes Stadtviertel, Wohnungen, Büros und Geschäften sowie einen in die Bebauung integrierten Busbahnhof und eine Straßenverbindung zur A22 abgewickelt.

Die Kosten des Leitbildprozesses gemäß Anbot von Rosinak & Partner in der Höhe von € 86.000,-- netto erfolgt vorbehaltlich eines Übereinkommens mit der ÖBB und dem Land NÖ.

Gemeinderat Dummer: Dieses Angebot von Rosinak & Partner – gibt es da andere Angebote auch noch oder hat man sich nur mit diesem einem Angebot in dem Fall begnügt? Mir scheint es nicht preisangemessen, jetzt € 86.000,-- für einen Leitbildprozess. Ist geplant, noch andere Angebote einzuholen oder soll das einfach ohne Prüfung alternativer Angebote vergeben werden?

Bürgermeister Laab: Das ist mit Abstimmung des Landes NÖ und der ÖBB so besprochen, dass hier diese Firma genommen wird. Es ist ja nicht nur Rosinak & Partner sondern auch Prozessberatung, Raumplaner und Architekten, die hier beigezogen werden sollen. Es ist mit den Partnern, die die Kosten mittragen sollen, so vereinbart, dass man mit diesem Angebot heute in die Sitzung geht, damit man hier eine Fortsetzung dieser Entwicklung stattfinden lassen kann.

Gemeinderat Hopfeld: Es gibt an und für sich von Stockerauer Architekten auch Vorschläge, die schon aus dem Jahre 2002 usw. sind. Warum nimmt man die jetzt nicht und geht zu Rosinak & Partner, die unser Verkehrskonzept gemacht haben, wo ich nicht überzeugt bin, dass das wirklich eine gute Tat für Stockerau war. Ich hätte schon ganz gerne die örtlichen Architektenbüros miteinbezogen dazu. Dass diese Durchfahrt, also diese Straßenanbindung sein soll und muss, das ist ja keine Frage, aber die weitere Entwicklung sollte man doch vielleicht nicht Rosinak & Partner überlassen.

Bürgermeister Laab: Es ist so, dass mit Herrn Zibuschka, Verkehrsplaner des Landes, und mit der ÖBB zu dem, weil es ein wichtiger Teil des Ganzen ist, also zum Mobilitätskonzept NÖ 2030+, und das Verkehrskonzept, beides zu gleichen Teilen, hier diese Vorgangsweise so besprochen wurde und mit der obersten Raumplanung auch abgestimmt ist. Aus dem Grund haben wir, um hier im Zeitplan bleiben zu können, das Kernteam gegründet und da werden dann verschiedene andere Partner sozusagen Beauftragungen erfolgen, was Architekten und dergleichen betrifft. Das ist eben mit denen abgestimmt und aus dem Grund liegt der Antrag so vor. Es ist nicht nur eine Vorgabe, die Rosinak & Partner gemacht haben, sondern die mit dem Land NÖ, Raumplanung, Herrn Zibuschka und ÖBB abgestimmt ist.

Gemeinderat Pfeiler: Grundsätzlich sehen wir es positiv, hier für dieses Entwicklungsgebiet einen Leitbildprozess zu starten. Diese Prozesse fehlen uns ja oft bei anderen Stadtentwicklungsthemen in Stockerau. Es ist hier positiv hervorzuheben, dass man endlich diesen Weg eines Leitbildprozesses geht. Skeptisch sehen wir noch immer die Bahnofsunterführung. Das wird ja auch Teil dieses Leitbildprozesses sein, das jetzt noch einmal konkreter zu untersuchen, wie das auch für Fußgänger und Radfahrer aussehen kann. Insofern, sage ich einmal, legen wir recht viel Hoffnung in diesen Leitbildprozess hinein. Uns ist wichtig, dass die Beauftragung erst erfolgt, wenn die Kostenteilung wirklich fixiert ist, und unter dieser Bedingung könnten wir uns vorstellen, dass wir diesem Beschluss zustimmen.

Bürgermeister Laab: Im Antrag steht – erfolgt vorbehaltlich eines Übereinkommens mit der ÖBB und dem Land NÖ. Es ist eine mündliche Vereinbarung da, aber wir beschließen nur vorbehaltlich einer schriftlichen Vereinbarung, damit eine Sicherheit da ist und dass das zur Anwendung kommt, wenn das Ganze spruchreif wird.

Gemeinderat Pfeiler: Vielleicht noch ein kurzer Nachsatz dazu – wir würden uns auch zu den anderen Themen des Verkehrskonzeptes, sprich Radwege, ähnlich rasche Aufnahme von detaillierten Planungstätigkeiten wünschen.

Gemeinderat Falb: Hier schließe ich mich an. Wir würden uns nicht nur schnellere Umsetzung wünschen, sondern dass der Gemeinderat damit auch befasst wird. Das ist bei dem Verkehrskonzept nicht passiert. Wir tun nur beauftragen, aber was bei dem Verkehrskonzept rauskommt, das kann man bei Ausstellungen, bei verschiedenen Veranstaltungen gerücheweise erfahren, aber der Gemeinderat der Stadt Stockerau hat sich mit dem Verkehrskonzept bis dato, möglicherweise habe ich etwas verabsäumt, nicht befasst. Wir machen jetzt den 2. Schritt, nämlich eine Vertiefung des Verkehrskonzeptes, im Bereich der Bahn, alles in Ordnung, bevor wir den 1., nämlich das Verkehrskonzept beraten zu haben, überhaupt getan haben. Das ist unsere Kritik. Die sei uns gestattet. Wir halten diese Vorgangsweise für nicht logisch, sondern man hätte jetzt wirklich den Gemeinderat befassen können, dann sagen können, mit den und den Bereichen geht man weiter – Bahnhof, Radweg, bla,bla,bla – und dort

ist dann ein Gutachten notwendig, eine Machbarkeitsstudie, in dem Fall ein neuer Leitbildprozess und dann hätte man darüber hier auch eine Beschlussfassung gehabt. Die Kritik üben wir. Es ist aus unserer Sicht keine professionelle Vorgangsweise.

Gemeinderat Fischer: Grundsätzlich stimme ich Herrn Mag. Falb zu. Allerdings ist das Thema Bahnhof eigentlich ein Nebenprodukt des Verkehrskonzeptes und darum werde ich dem zustimmen. Begrüßt wird der Leitbildprozess unter Einbindung der Bürger. Ich glaube aber, wir werden darauf achten müssen, dass dieser Prozess ernst gemeint ist und die Bürgerbeteiligung ergebnisoffen ist und dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

Gemeinderat Dummer: Ich möchte mich noch einmal darauf zurückkommen. Wir holen bei Glühbirnen 3 Angebote ein, aber bei der Vergabe eines Auftrages über € 86.000,- findet man es nicht der Mühe wert, dass man da mehrere Angebote einholt, auch wenn der Partner sagt, er bevorzugt das, macht es, glaube ich, trotzdem Sinn. Ich kann es jetzt nicht beurteilen, aber für mein Gefühl sind € 86.000,- für die Erstellung des Leitbildprozesses relativ viel. Aber es kann durchaus sein, dass das üblich ist. Aber wir holen für kleinere Vergaben mehrere Angebote ein und in dem Fall verzichtet man darauf.

Gemeinderat Mayer: Wir werden diesem Leitbildprozess auch zustimmen. Für uns ist es die logische Schlussfolgerung von dem Leitbildprozess 1, wenn man das so bezeichnen kann. Wir sind da im gleichen Kostenspektrum drinnen, den wir jetzt wieder festgelegt haben. Aufgrund von diesem Leitbildprozess wurden auch bei der Ausschusssitzung oder bei den Verhandlungen immer die alten Pläne von 2002 einbezogen. Sie haben sich diese immer angesehen und auch eingearbeitet.

Gemeinderat Pfeiler: Wir wollen die Manöverkritik von Kollegen Falb mitaufnehmen – ja, es ist richtig, das Verkehrskonzept ist jetzt relativ lange abgelegen, sage ich einmal, seit Frühjahr hat man recht lange nichts mehr gehört. Ein Schlussbericht liegt jetzt vor. Ich kann es jetzt nur noch einmal unterstützen, unterstreichen, auch parallel das Verkehrskonzept jetzt relativ rasch wirklich abzuschließen, redaktionell, um es dann hier im Gemeinderat zu diskutieren und beschließen zu können. Ich denke, was jetzt zwischenzeitlich auch passiert auf anderen Ecken, ist, dass bestimmte Maßnahmen isoliert vom Gesamtkonzept umgesetzt werden. Ich denke an die zuletzt eingerichteten Tempo-30er-Zonen, diese Fortsetzung von verschiedenen Fleckerlteppichen von 30er-Zonen, entspricht auch nicht dem, was wir im Verkehrskonzept uns vorgenommen haben. Also um da rasch auf Spur zu kommen, sind die Diskussionen und der Beschluss des Verkehrskonzeptes sehr vordringlich.

Gemeinderat Falb: Weil Kollege Mayer angesprochen hat die betragsmäßige Ausgestaltung dieser Beraterverträge, dieser Machbarkeitsstudien, dieser Leitbildprozesse. Es fällt halt auf, die sind immer knapp unter € 100.000,-, zufälligerweise, und wenn man es zusammenrechnet firmenweise, sind sie halt knapp über dem Ausschreibungsgrenzen. Das sei auch noch angemerkt.

Stadtrat Holzer: Es wird sehr auch kritisiert, dass keine Zeit ist zu informieren. Daher haben wir im letzten Verkehrsausschuss das Verkehrskonzept an die Fraktionen ausgeteilt. Leider Gottes ist es wahrscheinlich irgendwo in den Laden gelandet oder die Fraktionsmitglieder wissen noch nicht, dass es das gibt. Wir haben auch angekündigt, dass im nächsten Verkehrs-

ausschuss vor der Dezember-Sitzung diskutiert wird, einmal im Ausschuss, und wenn das gemacht worden ist, dann kann man sicher auch im Gemeinderat darüber sprechen.

Bürgermeister Laab: 2 Anmerkungen noch. Zum einen – Glühbirnen kaufen und das Angebot von namhafte Verkehrsplanern ist ein bisschen andersschichtig und noch dazu wenn hier der Partner zugesagt hat, sich an den Kosten zu beteiligen, hat dieser ein gewisses Mitspracherecht.

Das 2. was ich anmerken möchte und zu bedenken gebe. Hier ist die Zeit aus dem Grund nicht unwichtig, weil wenn so eine Umsetzung aufgrund dieses Leitbildprozesse zustande kommt, dass man das so machen kann, dann müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen. Da haben wir mit einem Ausbau der A22 mit der Asfinag bei der Abfahrt Mitte dementsprechend auch zu agieren und aus dem Grund, weil die auch in den Planungsstartlöchern stehen, sollte hier rasch ein Ergebnis vorliegen, ob es hier überhaupt notwendig ist, weil das eine ohne dem anderen keinen Sinn macht.

Gemeinderat Falb: Es hätte mich gewundert, wenn nicht die anderen Fraktionen Schuld wären an dem Prozess.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

## **2.) Verleihung des Ehrenringes an Vizebgm.a.D. Niederhammer Christa**

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchen der ÖVP Stockerau und aufgrund der langjährigen Tätigkeit im Gemeinderat, vor allem auch als Vizebürgermeisterin der Stadt Stockerau sowie der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau soll Frau

**NIEDERHAMMER Christa,  
Vizebürgermeisterin a.D.  
der  
Ehrenring der Stadt Stockerau**

verliehen werden.

*Stadträtin Völkl:* Christa Niederhammer gehörte 23 Jahre dem Gemeinderat Stockerau an. 2005 wurde sie als erste Frau in der Geschichte der Stadt Stockerau zur Vizebürgermeisterin gewählt. In den 10 Jahren ihrer Amtszeit als Vizebürgermeisterin repräsentierte sie die Stadt Stockerau vorbildhaft. Sie hat stets den Konsens gesucht in schwierigen Situationen und sie war immer bemüht um bestmögliche Lösungen für die Stadt. Christa Niederhammer ist und war eine Kommunalpolitikerin aus vollem Herzen. Sie war wirklich in ihrem ganzen Tun, Begriffe wie Integrität, Herrlichkeit, Toleranz auch den Meinungen anderer gegenüber waren immer selbstverständlich. nach so vielen Jahren, die sie sich in Dienste der Kommune gestellt hat, hat sie sich als Anerkennung und als Dank für ihre Arbeit den Ehrenring der Stadt Stockerau mehr als verdient.

*Gemeinderätin Schneider:* Wir werden dem auch zustimmen, das ist klar. Sie hat Führungsqualität. Sie hat immer Klarheit ausgestrahlt. Sie hat immer den Weg eines offenen Gespräches gesucht, um wirklich auch Neues entstehen zu lassen. In diesem Sinne möchte ich mich noch einmal bedanken für die politische Zusammenarbeit mit ihr und ich wünsche ihr alles Gute für ihren neuen Lebensabschnitt.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

### **Abstimmungsergebnis:**

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

### **3.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen des Hilfswerkes Stockerau**

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens des Hilfswerkes Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, nachstehenden Personen, die **bis zu 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

#### **Sozialdienstmedaille in Bronze**

zu verleihen, und zwar an

**DEJNOSKA** Maria, Klesheimstraße 41  
**DEJNOSKA** Erich, Klesheimstraße 41

Weiters soll nachstehenden Personen, die **seit mindestens 10 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

#### **Sozialdienstmedaille in Gold**

verliehen werden, und zwar an

**HOFER** Alfred, Joh. Straußpromenade 44  
**OSR RENZ** Franz, Wienerstraße 1  
**SCHIESSBÜHL** Gertrude, Scheidlgasse 1  
**SCHIESSBÜHL** Josef, Scheidlgasse 1

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

#### **4.) Verleihung von Sozialdienstmedaillen an MitarbeiterInnen der Volkshilfe Stockerau**

##### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens der Volkshilfe Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, nachstehenden Personen, die **bis zu 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

##### **Sozialdienstmedaille in Bronze**

zu verleihen, und zwar an

**DUSEK** Eugenie, Hanuschgasse 10  
**KARL** Eberhart, Hanuschgasse 10  
**KRAMMER** Susanne, Bräuhausgasse 20/4  
**RESTER** Josef, E. Jirgal-Straße 31/9/1  
**RESTER** Monika, E. Jirgal-Gasse 31/9/1  
**SCHNEIDER** Olga, Berggartenstraße 2/1/5

Weiters soll nachstehenden Personen, die **seit mindestens 5 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

##### **Sozialdienstmedaille in Silber**

verliehen werden, und zwar an

**BERGER** Wilhelmine, J.F. Kennedy-Platz 2/1/9  
**CHROMY** Gertrude, Dammgasse 14  
**HÖSELMAYER** Hedwig, Ernstbrunnerstraße 2/1/3

Weiters soll nachstehenden Personen, die **seit mindestens 10 Jahren** ehrenamtlich im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" tätig sind, die

### **Sozialdienstmedaille in Gold**

verliehen werden, und zwar an

**KRÄMER** Elisabeth, Franz Schubert-Gasse 26/10  
**STUHR** Kurt, Vizebürgermeister a.D., Wiesenerstraße 8 g  
**ZATL** Franz, Tulpenweg 5

Stadtrat Kronberger: Anregung dazu nach diesen beiden Anträgen: In letzter Zeit pendelt sich diese Sozialdienstmedaille immer auf Volkshilfe und auf Hilfswerk ein. In den Richtlinien steht aber wesentlich mehr drinnen, ob die anderen Sozialorganisationen überhaupt etwas beantragen. Weiß ich nicht. Was mich aber persönlich schmerzt, dass Einzelpersonen, die sehr wohl sozial sehr aktiv sind, eigentlich durch den Rost fallen. Ich würde daher an die Mitglieder des Gemeinderates appellieren. In den Richtlinien steht auch drinnen, dass nicht nur die Sozialorganisationen beantragen können, sondern auch die Mitglieder des Gemeinderates. Daher würde ich Sie ersuchen, wenn wirklich jemand sozial sehr aktiv ist, in letzter Zeit vor allem bei der Flüchtlingshilfe, da gibt es den einen oder anderen, den man nominieren könnte. Als Ansprechperson würde ich dich Elfi ansprechen, wer eine Person kennt, bitte ...

Stadträtin Eisler: Wird im Ausschuss besprochen.

Stadtrat Kronberger: Aber ich würde an die Mitglieder des Gemeinderates appellieren, wirklich sich Gedanken zu machen.

Bürgermeister Laab: Ich kann die Aufforderung nur unterstützen und ersuche, wenn Personen namhaft gemacht werden sollen, dass über diese im Sozialausschuss diskutiert und für eine Sitzung des Gemeinderates vorbereitet wird.

Gemeinderat Falb: Ich wollte noch eine Sache dazu sagen. Wir uns ist sowieso völlig klar, dass dem zugestimmt wird. Das ist überhaupt kein Thema. Was aber jedenfalls ein Punkt ist, der mich persönlich stört. Warum passen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hilfswerkes Stockerau und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshilfe Stockerau nicht in einem Tagesordnungspunkt der Gemeinderatssitzung? Es wird auf der Tagesordnung des Gemeinderates eine Tradition fortgesetzt, die eigentlich längst passé sein sollte, die aus den 30er Jahren in Wahrheit ist, wo zwei große Organisationen gegenüber gestanden sind und sich mit nahestehenden Organisationen bekämpft haben. Ich würde wirklich sehr dafür plädieren, dass man künftig diese Tagesordnungspunkte unter einem all diese Anträge abhandelt und keine Trennung nach politischen Organisationen mehr vornimmt. Entweder es hat jemand Verdienste im Sozialleben in Stockerau, dann solle er eine Medaille bekommen, oder er hat sie nicht, dann soll er es nicht bekommen. Für welche Organisation er tätig ist, wäre mir eigentlich sehr egal.

Bürgermeister Laab: Es sind keine konkurrierenden Unternehmen, die Volkshilfe und das Hilfswerk. Wir sind froh, dass wir beide haben. Es ist nur, jeder hat sein Ansuchen gestellt und diese Ansuchen sind dann einzeln zu behandeln. Wenn wir hier einen Weg finden, es gemeinsam zu behandeln, wird sicherlich nichts daran liegen, dass wir das machen können. Weil es die Anträge getrennt gibt, werden sie auch getrennt behandelt. Aber wenn hier Möglichkeiten bestehen, könnte man das selbstverständlich zukünftig machen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

**5.) Verleihung von Helfedienstmedaillen an Feuerwehr Stockerau**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens des Kommandos der Freiwilligen Feuerwehr Stockerau wird vorgeschlagen, nachstehenden Feuerwehrkameraden, die die Feuerwehr außerordentlich unterstützte, die Helfedienstmedaille zu verleihen. Die Voraussetzungen lt. Verleihungsstatuten sind erfüllt.

**Hilfedienstmedaille in Silber**

Löschmeister

**Schmid Harald**

### **Hilfediensmedaille in Bronze**

Feuerwehrmann	<b>Heinz Rainer</b>
Feuerwehrmann	<b>Zinnagl Stefan</b>

Die Verleihung soll bei der Weihnachtsfeier am 11.12.2015 erfolgen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

### **6.) Verleihung von Hilfediensmedaillen an Rotes Kreuz, Ortsstelle Stockerau**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens des Roten Kreuzes, Ortsstelle Stockerau wird vorgeschlagen, nachstehenden MitarbeiterInnen, die das Rote Kreuz außerordentlich unterstützen, die Hilfediensmedaille zu verleihen. Die Voraussetzungen lt. Verleihungsstatuten sind erfüllt.

### **Hilfediensmedaille in Gold**

Bezirkskommandantin	<b>Böck Karin, MAS</b>
Hauptshelferin	<b>Mattes Karin</b>
Hauptshelferin	<b>Schwarz Silvia</b>

### **Hilfedienstmedaille in Silber**

Hauptshelferin	<b>Krückel</b> Yasmine
Oberrettungsrat	Ing. <b>Pfannhauser</b> Stefan, MBA
Abteilungskommandant	DI <b>Strenn</b> Markus

Die Verleihung soll bei der Jahresabschlussfeier am 28.11.2015 erfolgen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

### **7.) Dank und Anerkennung – Stadtrat a.D. Mag. Krislaty Gerd**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund seiner Tätigkeit im Gemeinderat der Stadt Stockerau soll

**Dank und Anerkennung**

ausgesprochen werden, an

**Herrn Stadtrat a.D. Mag. Gerd KRISLATY**

**8 Jahre im Gemeinderat**

Gemeinderat vom 10.03.2006 bis 27.04.2010

Stadtrat vom 27.04.2010 bis 27.03.2014

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Gemeinderat Falb: Ich wollte sagen, dass ich das Ausscheiden von Mag. Krislaty, das schon länger zurückliegt aus dem Gemeinderat bedauere, weil es mit ihm ein sehr angenehmes Zusammenarbeiten war.

**8.) Löschungserklärung der Dienstbarkeit über Grundstück Nr. 1143**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens über Grundstück Nr. .1143 (im Besitz von Domusplus GmbH.) für Grundstück Nr. 4174/2 (im Besitz der Stadtgemeinde Stockerau) sowie die Dienstbarkeit des Wasserbezuges und der Wasserleitung hinsichtlich Grundstück Nr. .1143 für Grundstück Nr. 4174/2 werden gelöscht.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

## **9.) Löschungserklärung – Wallner Harald und Paula**

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Wallner Harald, geb. 07.03.1939 und der Wallner Paula, geb. 26.02.1943 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4651 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4651 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

### **Abstimmungsergebnis:**

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

## V. Anträge des Stadtrates

### a) Finanzen

#### 1.) Festlegung der Saalmieten für Hochzeiten

##### Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für stattfindende Hochzeiten außerhalb des Rathauses soll die Miete neu festgelegt werden. Dies betrifft die Räumlichkeiten im Belvedereschlössl und im Veranstaltungszentrum 2000.

Der derzeitige, seit 2003 geltende Betrag soll

**von € 300,-- auf € 375,-- (inkl. MWSt.) pro Hochzeit**

angehoben werden.

Der Gemeinderat wird um Genehmigung ersucht.

Gemeinderat Hopfeld: Saalmiete – d.h. jetzt für die Tafel oder für eine Trauung.

Bürgermeister Laab: Nur für die Trauungszeremonie.

Gemeinderat Fischer: Grundsätzlich stimme ich dzu. Nur eine kurze Frage – mir ist aufgefallen, dass hier ein Saal enthalten ist, der nicht der Stadtgemeinde gehört sondern der KIG, nämlich das Belvedereschlössl. Hat hier die Stadt für die KIG die Vermarktung übernommen und wenn ja, wie wird das zwischen der Stadtgemeinde und der KIG verrechnet?

Gemeinderat Pfeiler: Folgende Frage zu dieser Preisliste, und zwar, die enthält 7 oder 8 Zeilenpositionen und bei zwei Zeilenpositionen steht ein Preis dabei und bei den anderen Preispositionen steht "auf Anfrage". Worin liegt da begründet und könnte man nicht auch für die anderen Positionen Richtpreise einsetzen?

StADir. Riedler: Große Hochzeiten mit über 180 Personen, das ist so selten der Fall, gibt es meistens Spezialwünsche.

Bürgermeister Laab: Tonaufgaben sind externe Leistungen. Hier geht es darum, dass wir seit 2003 für diese Trauungshandlung die Preise nicht mehr angehoben haben. Es wurde uns vom Standesamt angetragen, hier eine Anpassung vorzunehmen.

Gemeinderat Pfeiler: mein Vorschlag dazu wäre, dass man die Preise, die ohnehin fix sind, auch in den anderen Positionen einträgt und mit einem Stern versieht "zusätzliche Anforderungen nach Auflagen" oder so ähnlich, dann hätte es schon einen ganz anderen Verbindlichkeitsgrad. ich verstehe schon, dass es Sonderwünsche gibt. Das ist auch völlig ok und ist auch in Ordnung.

Bürgermeister Laab: Es ist eine Unterstützung für die, die sich zur Hochzeit anmelden, dass sie wissen, was auf sie zukommen kann oder was sie für Möglichkeiten haben. Wir können Herrn Tengler gerne einmal befragen, wie seine Praxis aussieht und ob sich diese mit der Meinung des Gemeinderates deckt und ob hier Notwendigkeit besteht.

Gemeinderat Falb: Das Wort "Saalmieten" scheint hier irreführend zu sein, denn in Wahrheit geht es um Gebühren für auswärtige Amtshandlungen und Beistellung von technischer Infrastruktur durch die Stadtgemeinde. Daher ist das wahrscheinlich unabhängig von der Örtlichkeit. Also nicht nur jetzt Vermietung eines stadtgehörigen Saales sondern, egal, wenn ich möglicherweise bei der Feuerwehrzentrale unbedingt heiraten will.

Bürgermeister Laab: Diese Vergleiche sind unzulässig, weil genau festgelegt ist, an welchen Orten diese Trauungen durchgeführt werden können. Dazu gibt es dann auch die Tarife.

Gemeinderat Falb: Deswegen glaube ich, ist diese Frage mit Belvedereschlössl nicht ganz zutreffend. Und das 2. ist halt, auch Preise, die durch Anfrage bekanntgegeben werden, müssten wir im Gemeinderat beschließen, wenn es solche gibt und sonst wären sie nach Aufwand zu verrechnen.

Gemeinderat Pfeiler: Man kann ja anmerken – gleicher Preis zuzüglich Aufwand.

Bürgermeister Laab: Der Antrag betrifft die Trauungshandlung.

StADir. Riedler: Es ist eine Saalmiete für eine Tätigkeit des Standesbeamten außerhalb der Amtsräume.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	1
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	0

## **2.) Heizkostenunterstützung – Verlängerung**

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß den im Jahr 2008 beschlossenen Richtlinien soll die Heizkostenunterstützung für Personen, die in Stockerau ihren Hauptwohnsitz haben und deren Einkünfte den jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsatz gemäß § 293 ASVG nicht überschreiten und bei der Stadtgemeinde Stockerau diesbezüglich einen Antrag stellen, für ein Jahr verlängert werden.

Die Heizkostenunterstützung soll, so wie im Vorjahr, € 80,-- für die Heizperiode 2015/2016 betragen.

*Gemeinderätin Trabauer:* Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt sagen, dass wir die Verlängerung der Heizkostenunterstützung sehr begrüßen und auch als sehr positives Zeichen auffassen.

*Gemeinderat Mayer:* Wir stimmen der Heizkostenunterstützung natürlich zu und es tut uns einfach leid, dass wir in Stockerau noch immer Personen haben, die auf das angewiesen sind.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

### **Abstimmungsergebnis:**

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

### **3.) Beauftragung zur Einholung eines verbindlichen Angebotes für eine Namensschuldverschreibung**

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Nach intensiver Vorberatung im Finanzausschuss wurde Einigkeit erzielt, dass ein verbindliches Angebot betreffend Namensschuldverschreibung eingeholt werden soll. Diesbezüglich sollte der Gemeinderat daher einen Beschluss fassen.

Mit der Einholung eines verbindlichen Angebotes soll die Fa. WT80 Realwerte GmbH, 1010 Wien beauftrag werden.

Ein indikatives und unverbindliches Angebot liegt seitens der WT80 und der HD Consult bereits vor.

Folgende Daten sollen dem Angebot zu Grunde gelegt werden:

- Volumen/Nominale: € 30.000.000
- Emittent: Stadtgemeinde Stockerau
- Zweck: Refinanzierung bestehender Darlehen
- Laufzeit: 25 Jahre oder 30 Jahre
- Rückzahlung: halbjährlich
- Kündigungsmöglichkeit nach 15 und 20 Jahren

Das verbindliche Angebot hat auf jeden Fall zu enthalten:

- Verzinsung (Coupon)
- Verzinsung (effektiv)
- Sämtliche Kosten (Disagio) der Emissionsbank und von WT80
- Emissionsbank
- Annuität p.a.
- Tilgungsplan
- Besicherung: wenn notwendig, Angabe der erforderlichen Sicherheiten und der Kosten

In weiterer Folge hat der Gemeinderat zu entscheiden, ob das Angebot angenommen und die Schuldverschreibung begeben werden soll oder ob am Kapitalmarkt eine Ausschreibung erfolgen soll und die Refinanzierung über ein Darlehen erfolgt.  
Für die Angebotseinholung werden keine Kosten verrechnet.

Der Gemeinderat wird ersucht, die Einholung eines verbindlichen Angebotes für eine Namensschuldverschreibung von der WT80 zu genehmigen.

Gemeinderat Dummer: Ich habe bei den Unterlagen vermisst einen Entwurf des Vertrages, also dieser Beauftragung, weil ja in der Vergangenheit, wie man es schon im Finanzausschuss gehabt hat, und in diesem Vertragsentwurf sehr nachteilige Klauseln für die Gemeinde enthalten waren. Wenn es in Folge dieses Angebotes zu einer Vereinbarung kommt oder zu einer Beauftragung kommt, dann darf ausschließlich diese Firma beauftragt werden, also eine Konkurrenzausschlussklausel. Das wäre in dem Fall wünschenswert. Insofern waren da für mich nicht ausreichend Unterlagen, um das beurteilen zu können. Dazu möchte ich auch sagen, dass die Firma, die da angesprochen wurde, unter den unverbindlichen Angeboten die teuerste war. Also ich finde es irgendwie ungewöhnlich, dass man für die Erstellung eines Angebotes einen Auftrag erteilen muss, weil die anderen Firmen bzw. eine Bank, soweit ich weiß, haben auch Angebote erstellt ohne einem schriftlichen Auftrag. Was ist jetzt der Hintergrund für einen schriftlichen Auftrag, um ein Angebot zu erstellen? Das ist für mich jetzt nicht klar ersichtlich.

Bürgermeister Laab: Sie haben offensichtlich bei der Finanzausschusssitzung den Termin, wo wir diskutiert haben, warum hier eine Beauftragung notwendig ist, verabsäumt gehabt. Es ist so, dass es hier zwei Anbieter gegeben hat, die Namensschuldverschreibungsangebote einholen würden. Hier ist von jedem festgelegt worden, dass es eine Beauftragung braucht, um hier ein verbindliches Angebot vorzulegen. Weil das, was hier jetzt vorliegt, sind verschiedene Definitionen noch nicht entsprechend formuliert. Mit dieser Beauftragung, die kostenfrei für die Gemeinde ist, ist eine Beurteilung von "echten" Zahlen möglich, sodass wir dann im Finanzausschuss beurteilen können, wie weit man aufgrund der Vorteile und Nachteile und der Argumente, die zu beurteilen sind, einer solchen Vorgangsweise zustimmen soll. Es wurde uns von beiden Anbietern versichert, dass es nur möglich ist und auch marktgerecht hier möglich ist, nicht zwei oder drei Anbieter gleichzeitig zu beauftragen, was für die Marktsituation nicht üblich ist bzw. auch nicht von denen durchgeführt werden würde. Das sagen alle, weil es um ein Volumen geht, wo man hier am Markt nicht Angebote einholen kann, um die dann zu vergleichen.

Gemeinderat Dummer: D.h. wir holen nur ein Angebot verbindlich ein? Die zweite Firma macht kein verbindliches Angebot?

Bürgermeister Laab: Nein.

Gemeinderat Dummer: Und wir holen ein Angebot von dem verbindlich ein, der bei dem unverbindlichen Angeboten der Teuerste war. Macht das irgendwie einen Sinn?

Bürgermeister Laab: Dass er der teuerste war- hier gibt es verschiedene Meinungen, die durchaus auch anders von der Argumentation sind. Deshalb hat man sich entschieden, im Finanzausschuss ist besprochen worden, von dieser Firma ein Angebot einholen zu lassen und eine Beschlussfassung im Gemeinderat herbeizuführen.

Gemeinderat Dummer: Das ist nicht nur meine Auffassung. Es ist absolut so, dass der Aufschlag bei der angesprochenen Firma deutlich höher war, dass die Nebenkosten deutlich höher waren und dass diese Firma auch grundbücherliche Sicherstellungen verlangt, was die andere nicht verlangt hat. Das sind schon erhebliche Nachteile für die Stadt. Und dann verwundert es mich eben, dass man gerade von dieser Firma ein Angebot einholt. Darüber hinaus gibt es auch ein Angebot von einer Bank, welches mit Abstand wesentlich günstiger ist, wo sowohl der Aufschlag am billigsten ist, wo keine Nebenkosten anfallen. Wir reden von Nebenkosten in der Größenordnung € 800.000,-- bis € 1 Mio. Das ist nicht unwesentlich.

Bürgermeister Laab: Jetzt werden gerade Äpfel mit Birnen vermischt. Wir haben hier ein zweites Unternehmen, das auch auf Schuldverschreibungsbasis ein Angebot gelegt hat. Hier hat sowohl der gesamte Finanzausschuss zugestimmt, dass diese Firma beauftragt werden soll. Und das 2. was Sie ansprechen – die Angebote von Banken sind Darlehensangebote auf 15 bzw. 25 Jahre Laufzeit mit einem Fixzinssatz. Um genau diese Vergleichbarkeit zu haben, weil diese Nebenkosten, die Sie so klar herauslesen, das war nämlich genau auch ein Punkt in der Argumentation im Finanzausschuss, dass man sagt, um die wirklich klar am Tisch zu haben, deswegen dieses verbindliche Angebot. Es ist noch gar nicht entschieden, ob überhaupt eines der beiden Produkte zur Anwendung, zur Umsetzung kommt. Aber um eine Vergleichbarkeit herzustellen, die schwierig ist, weil es ist ein Darlehen und eine Schuldverschreibung zu vergleichen, nicht so einfach, um genau diese Kosten zu differenzieren. Deshalb ist diese Angebotseinholung heute auf der Tagesordnung.

Gemeinderat Pfeiler: Grundsätzlich geht es um eine Umschuldung von € 30 Mio., eine ziemlich große Summe, durch die wir uns eine Entlastung im Gemeindehaushalt erhoffen. Das Ganze ist schon eine größere Nummer. Das muss man schon einmal festhalten. Wir haben im Finanzausschuss darüber gesprochen. Ja das ist richtig. Aber wir haben im Finanzausschuss auch besprochen, dass wir ein paar Grundlagen von der Finanzverwaltung vorgelegt bekommen. Das ist bis dato nicht geschehen. Wir haben vereinbart, dass wir eine Simulation machen, wie sich das Ganze, diese Umschuldung langfristig auswirken wird, da zum heutigen Tag nicht klar ist, ob die in Aussicht gestellte Entlastung des Gemeindehaushaltes in den ausgewiesenen Höhen im ersten Jahr nur ist, wann dieser Effekt ins Gegenteil kippt durch die langen Zahlungszeiträume. Diese Grundlagen fehlen hier eigentlich noch. Trotz mehrfacher Urgenz bei der Finanzverwaltung ist das bis dato nicht eingetroffen bei uns. Es ist auch noch nicht eingetroffen, welche Kredite hier eigentlich umgeschult werden sollen. Das wäre auch ein wesentlicher Punkt, der vorab geklärt werden müsste, denn es gibt von der Gemeindeaufsicht doch Rahmenbedingungen, die einzuhalten sind. Ich habe mir die Korrespondenz mit Herrn Dr. Seidl durchgesehen, die beim Amtsbericht dabei war, und da ist die Rede von einer schriftlich übergebenen Beauftragung, die leider im Amtsbericht nicht dabei war. Wenn solche Grundlagen fehlen, dann tu ich mir ein bisschen schwer, heute diesen Grundsatzbeschluss zu fällen, weil mir jetzt nicht bekannt ist, wie konkret die Konditionen für diese schriftliche Beauftragung aussehen. Kollege Dummer hat ein paar Beispiele genannt und es ist jetzt nicht möglich, irgendwie zu verifizieren, ob es weitergehende Bindungen gibt. Es ist schwierig hier einen Beschluss zu fassen oder hier mitzustimmen. Auch die Unterlagen von WT80, die bei-

gelegt sind, beziehen sich alle auf ein Umschuldungsvolumen von den € 39 Mio. Also das sind Grundlagen, die eigentlich gar nicht mehr zu dem Beschluss passen. Es ist schwierig bei der Akteneinsicht, sich vorab ein Bild zu machen, ob wir bei dieser Beauftragung zustimmen können oder nicht.

Gemeinderat Fischer: Grundsätzlich stehe ich der Einholung eines Angebotes, das Hand und Fuß hat, mit dem man arbeiten kann, aufgeschlossen gegenüber. Wir binden uns damit nicht, wir holen ein Angebot ein. Wobei, das darf aber kein Automatismus sein, dass man sagt, jetzt ist das Angebot da und ist zu unterschreiben. Sobald es vorliegt, werden wir es uns ansehen, um zu prüfen, ob dieses Angebot tatsächlich den Interessen der Stadt am nächsten kommt oder ob es bessere Alternativen gibt.

Gemeinderat Mayer: Wir stehen der WT80 auch sehr kritisch gegenüber. Das haben wir schon das letzte Mal kundgetan. Ich möchte mich Herrn Dr. Fischer anschließen. Jetzt stimmen wir ab, ein neues Angebot einzuholen. Das sollte man sich einmal ansehen, aber es muss wirklich kostenlos und unverbindlich für die Gemeinde sein. Ich hoffe nicht, dass wir dann gebunden sind.

Gemeinderat Dummer: In der ursprünglichen Beauftragung, die lag ja schon einmal im Finanzausschuss vor, da gab es eine Klausel, über die wir diskutiert haben, nicht in der letzten Finanzausschusssitzung sondern davor, wo Herr Dr. Seidl da war. Da wurde diese Klausel sehr wohl diskutiert. Darum möchte ich nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass hier höchste Vorsicht angebracht ist, welchen Auftrag man erteilt. Eine Verpflichtung, wenn es zu einer Umschuldung kommt, dass man sozusagen an diese Firma gebunden ist und keinen alternativen Anbieter dann mehr auswählen darf. So ist das de facto drinnen gestanden – eine verbindliche Verpflichtung, dass, wenn die Gemeinde dann beschließt, sie diese Umschuldung durchführen will, dann dürfen wir das nur mehr mit WT80 machen und nicht mit jemand anderen.

Bürgermeister Laab: Das ist ausgeschlossen in dieser Situation. Es geht jetzt einzig darum, wie es schon in der Argumentation gefallen ist, sich Klarheit zu verschaffen, um eine Basis zu haben, um das zu vergleichen. Ob es hier, wie Herr Dr. Fischer gesagt hat, geht es um ein Angebot. Ob das Angebot dann für uns relevant wird, ob es andere Maßnahmen gibt, sprich Darlehensumschuldung oder andere Dinge oder das gar nichts zum Tragen kommt, was ja auch sein kann, um hier bessere Klarheit zu haben und definitive Parameter zu haben, darum ist dieser Beschluss heute zu fassen. Es gibt hier keinerlei Verpflichtung in irgendeiner Weise sich zu binden.

Gemeinderat Falb: Ich wollte nur, weil diese Diskussion jetzt sehr fachlich war. Wir werden diesem Antrag als Fraktion nicht zustimmen. Ich möchte das schon erklären, abgesehen von fachlichen Themen. Für uns kommt eine Umschuldung prinzipiell, auch wenn wir der sehr kritisch gegenüberstehen, denn es bedeutet immer nur eine Verlagerung von Verbindlichkeiten. Jetzt sind wir eh schon bei den Kindern und bei den Enkeln, wahrscheinlich schon bei den Urenkeln. Das ist fast alles nicht zu verantworten. Sei wie es sei. Wir sind für so etwas nur dann zu haben, wenn dahinter tatsächlich ein bewertetes, mit einem Zeitplan versehenes Finanz- und Reformkonzept für die Stadtgemeinde steht. Wir glauben, dass ohne beformter Ausgaben diese Einnahmenstruktur der Stadtgemeinde jedwede Umschuldung gemacht wird, keinen Sinn hat. So wollte ich unser Abstimmungsverhalten erklären.

Bürgermeister Laab: Es ist auch Teil des Gesamten, dass hier so ein Modell nur dann Sinn macht und umzusetzen ist, wenn genau diese Forderung, die Sie gestellt haben, auch begleitend erfolgen. Es ist hier rein einmal eine Übersicht zu bekommen, um die Entscheidungsmöglichkeiten für den Gemeinderat und für den Finanzausschuss leichter zu machen und keine Verpflichtung, geschweige ein Beschluss irgendeiner Umschuldung in eine Richtung schon festzulegen. Es geht hier einfach darum, um Klarheit zu bekommen.

**Beschluss:** **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	1 (Kracher-Schramm)
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	0
	FPÖ	2 (Kube, Mayer)
	GRÜNE	0
	NEOS	1

**4.) Ankauf von zwei Häusern FH Fertighaus GmbH & Co.KG**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Betreffend die mögliche Unterbringung von Asylwerbern im Stadtgebiet von Stockerau ist festzuhalten, dass derzeit 37 Personen in privaten Quartieren untergebracht sind.

Daneben wurden mehrere Besichtigungen gemeinsam mit dem uns vom Land NÖ zugeteilten Betreiber, dem Arbeiter-Samariter Bund (ASBÖ), durchgeführt, wobei sich einige mögliche Standorte für Container herauskristallisiert haben.

Ausgeschieden wurde aufgrund der notwendigen Investitionen das Bezirksgericht; nicht geeignet wurde der Standort im Garten des Landespflegeheims Arche eingestuft, weil damit die Feuerwehzufahrt behindert würde.

Geeignet wären die gemeindeeigene Fläche neben der Wellnessoase gegenüber dem Müllsammelplatz und die gemeindeeigene Fläche zwischen der Straße und dem Parkplatz der Millenniumshalle.

Die Container müssten vom Arbeitersamariterbund angeschafft werden, wofür es keine Förderungen gibt. Diese Beträge sind für den ASBÖ nicht aufzubringen. Daher wurden auch andere Lösungen angedacht. So bietet die Tiroler Firma welcome home Häuser an, die in Fertigbauweise auf Streifenfundamenten errichtet werden können und vollständig eingerichtet sind. Sie verfügen über alle notwendigen Sanitäreinrichtungen und eine Infrarothheizung. Benötigt werden Streifenfundamente, Wasser- und Kanalanschluss sowie ein Stromanschluss. Die Gebäude würden relativ kurzfristig – innerhalb von ca. drei Monaten – zur Verfügung stehen. Ein Haus besteht aus acht Wohneinheiten, wobei eine Wohneinheit für zwei Erwachsene und drei Kinder vorgesehen ist. Insgesamt würde eine Anlage damit 40 Personen ein Dach über dem Kopf bieten.

Die Lebensdauer der Häuser beträgt durchschnittlich ca. 50 bis 60 Jahr. Werden sie für den vorgesehenen Zweck Flüchtlingsunterbringung nicht mehr benötigt, könnten sie abgebaut und an einem anderen Standort neu errichtet werden. Dabei würden Kosten von ca. € 5.000,- je Gebäude entstehen und auch die Rigips-Zwischenwände müssten erneuert werden.

Die Finanzierung sollte über Leasing erfolgen, wobei noch kein konkretes Angebot eingeholt wurde, in Anlehnung an zuletzt beschlossene Darlehen jedoch bei einem Betrag von € 392.000,- und einer Laufzeit von 20 Jahren von einer monatlichen Rate von rund € 1.900,- ausgegangen werden kann.

Demgegenüber stehen zugesagte Mieteinnahmen der Betreiberorganisation ASB von € 2,50/Person/Tag, was bei 30 Tagen und 45 Personen eine monatliche Miete von € 3.375 für die Zeit, in der die Häuser an den ASB vermietet sind, bedeuten würde.

Wenn die Häuser nicht mehr für eine Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden, könnten sie als „Notfallwohnungen“ zu sozial vertretbaren Preisen verwendet werden.

Es liegt ein Kostenvoranschlag für folgende Varianten vor:

(Der KV wurde um die große Nachfrage bewältigen zu können, gemeinsam mit der Firma Fertighaus erstellt).

**Standort 1:**

Stockerau Hallenbad

2 Gebäude 2-geschossig

1. Gebäude mit 8 Wohneinheiten á € 204.000,-
2. Gebäude oben mit 4 WE á € 188.000,-  
    unten: 1 WE = HWR  
          1 WE = Büro/Lager  
          2 WE = Aufenthaltsraum

**Gesamt € 392.000,- netto**

**Standort 2:**

Grünfläche neben der Millenniumshalle

2 Gebäude 2-geschossig

1. Gebäude mit 8 Wohneinheiten á € 204.000,--
2. Gebäude oben mit 4 WE á € 188.000,--
  - unten: 1 WE = HWR
  - 1 WE = Büro/Lager
  - 2 WE = Aufenthaltsraum

**Gesamt € 392.000,-- netto**

Der Ankauf von zwei Häusern bei der Fa. FH Fertighaus GmbH & Co.KG Tirol zu einem Preis von 392.000,-- netto für den Standort bei der gemeindeeigenen Fläche zwischen der Straße und dem Parkplatz der Millenniumshalle wird beschlossen, wobei die Finanzierung über Leasing erfolgen wird.

Gemeinderat Dummer: Der Preis versteht sich inklusive Mehrwertsteuer?

Vizebürgermeisterin Hermanek: Netto.

Gemeinderat Falb: Folgendes vorab. Um bei der Diktion zu bleiben, die vorher schon verwendet wurde. Das ist die nächste größere Nummer, die wir heute hier im Gemeinderat haben. Bisher haben wir praktisch keine Informationen oder waren nur sehr spärlich Informationen da, wie es geheißen hat, es gibt schon Informationen. Es ist sehr kurz vor der Stadtratssitzung dieses Projekt aufgebaut. Ich schicke meiner Vorbildung folgendes voraus. Meine Fraktion und ich persönlich sind für die ordentliche Unterbringung von Flüchtlingen in diesem Land. Nur damit keine Irrtümer geschehen. Die, die hier sind und einen Asylantrag stellen oder gestellt haben, egal wie man zur Migrationskrise, insgesamt zur Flüchtlingskrise steht, sind ordentlich zu versorgen, nicht nur entsprechend der Rechtsgrundlagen sondern auch nach humanitären Gesichtspunkten unterzubringen. Das ist das 1.

Punkt 2 ist: Hier gibt es eine Einleitung, die lese ich in dem Amtsbericht, das war ja auch der Stand der Informationen, die wir hatten, mehrere Standorte im Stadtgebiet wurden besichtigt durch den Arbeiter-Samariterbund. Es haben sich hier mögliche Containerstandorte herauskristallisiert. Allerdings, das lesen wir hier oder haben wir vorige Woche erfahren, anders als an anderen Standorten in NÖ ist der Samariterbund mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht im Stande die Flüchtlinge unterzubringen, sondern hier wird, anders als in niederösterreichischen Standorten, von der Standortgemeinde die Bereitstellung von Unterkünften verlangt. Insofern schon ein relativ ungewöhnlicher Fall. Weil man dem nachgeben will, wird jetzt über Alternativen nachgedacht. So weit, so gut. Jetzt erfahren wir sehr kurzfristig, dass es sehr wohl zur Aufstellung von Containern, die nicht vom Samariterbund zu finanzieren sind oder von der Stadtgemeinde Stockerau zu finanzieren sind, kommen sollen, und zwar von 80 Containern. Wir halten das für sehr bemerkenswert, dass wir vor diesem ganz, ganz wichtigen Grundsatzbeschluss, wo es immerhin um eine halbe Million Euro geht, dass wir das nicht erfahren haben, obwohl das seit Stunden in der Stadtgemeinde angeblich bekannt ist. Daher meine Frage vorweg – ist dem so oder nicht? Wenn es dem nämlich so ist, dann stimmt die Begründung für diesen Amtsbericht nicht mehr, dass man dieser Notsituation Abhilfe

schaffen muss. Ist dem aber so, dass weiterhin von niemandem Container zur Verfügung gestellt werden oder aufgestellt werden oder keine Unterkünfte gibt, erst dann kann man dem Antrag überhaupt näher treten. Und dann muss man sich ihn in verschiedenen Gesichtspunkten ansehen.

Deswegen würde ich bitten, Herr Bürgermeister, dass Sie uns über diese angeblich von heute Stand der Entwicklung, über die selektiv vorinformiert wurde, was wir nicht gut heißen, ob es diese Entwicklung gibt oder ob sie eine Falschinformation ist.

*Bürgermeister Laab:* Zu einem möchte ich hier anmerken, dass nicht die Überforderung bei den NGOs liegt sondern offensichtlich die Überforderung bei der Bundespolitik, weil die seit Wochen und Monaten nicht in der Lage sind, hier geordnete Verhältnisse und geordnete Ansprechpartner für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Wenn wir, über Stunden zusammengezählt, versuchen, im zuständigen Ministerium Ansprechpersonen zu erreichen, hier Informationen zu bekommen, dann ist das nicht möglich und dann spricht das auch so seine Bände. Wenn wir, in dem Fall der Arbeiter-Samariterbund, langsam dann am Verzweifeln sind, wie sie ihrer Aufgabe nachkommen sollen, und hier keine Container auf mehrere Anfragen zugewiesen werden, dann wird, und das ist nur legitim, über Alternativen überlegt, wie kann man hier dem Ganzen noch Abhilfe schaffen. Wenn hier dann noch diese Organisationen, da ist das Rote Kreuz genauso betroffen wie der Arbeiter-Samariterbund, in Vorlage gehen mit Millionenbeträgen und hier versprochene Gelder nicht bekommen, dann ist das auch nicht unbedingt im Sinne dieser gesamten Situation, um die zu entspannen und nicht die Schuld bei den Kommunen oder sonstigen Organisationen zu suchen, sondern hier versucht man Plätze zur Verfügung zu stellen. Wenn man hier bei einer Zusammenkunft der Bürgermeister in der Bezirkshauptmannschaft Korneuburg mehrfach hört, dass es dort und da Angebote gibt, aber diese Angebote einfach nicht behandelt werden oder angenommen werden, dann sind das für die Kommunen recht sehr fragwürdige Situationen, die sich da entwickeln. Dann überlegt man halt, was sind die Alternativen. Zu dem Zeitpunkt, wie hier diese Angebote und die Finanzierungsprobleme an uns herangetragen wurden, sprechen wir von zwei Häusern, die eine Lebensdauer von 50 bis 60 Jahren haben. Dass hier in unserer Stadt es in so einer Situation auch später vernünftige Nachnutzungen geben wird, ist unbestritten. Wenn hier eine Refinanzierung stattfinden muss von einem Arbeiter-Samariterbund auf eine Laufzeit von 8 oder 10 Jahren maximal, wenn man von 5 Jahren ausgeht, dass sie diese Problematik haben, dann sind diese Kosten nicht unterzubringen. Wenn wir aber hier in Zusammenarbeit mit dieser Organisation in Vorlage sozusagen diese Häuser ankaufen und die auf 20 Jahre finanzieren und wir hier Kosten haben, die unter dem liegen, was die Organisation, nämlich der ASBÖ mit € 2,50 pro Person und Tag, bei 30 Tagen und 45 Personen sind das € 3.375,-- monatlich zahlen kann, ist hier eine Finanzierung gesichert und ist hier auch gesichert, dass es bei wirklich genau eingehaltener Finanzierung auch die Möglichkeit gibt, die Instandhaltung dieser Häuser dann damit abzusichern, dann sehe ich das in der Situation, dass man einfach unabhängig davon, dass dann plötzlich und heute am 28. um 12:06 Uhr eine Email hereinkommt, das nach der Mittagspause dementsprechend auch bekannt wird, wo der Arbeiter-Samariterbund bekannt gibt, dass sie heute seitens des Bundesministeriums für Inneres die Zusage für 80 Container für den Standort Stockerau bekommen haben und dass sie die Aufstellung dieser Container den Standort beim Hallenbad aufgrund seiner Größe bevorzugen, sehe ich dann keine Veranlassung jetzt, diesen einen Aufstellplatz zu bevorzugen und den anderen fallen zu lassen, weil wir alle wissen seit Wochen, sagt der Gemeinderat und die Fraktionen des Gemeinderates von Quoten, wie viele Personen wir aufgrund unserer Einwohnerzahl unterzubringen haben. Dass wir hier, wenn wir mit 2% bei ungefähr 320 Personen

Minimum liegen, dass es hier mindestens 350 Personen werden, und deshalb, was in anderen Gemeinden umgesetzt wird, zu rechnen haben, und wenn wir mit diesen beiden Standorten in etwa 150 Personen vielleicht dann unterbringen, fehlen uns noch Minimum 100 Personen, wenn nicht viel mehr. Dass derzeit 37 Personen in privaten Quartieren in unserer Stadt untergebracht sind, dann ist es, glaube ich, für die Menschen, die auf derartige Unterkünfte warten, nicht der richtige Weg, jetzt Stunden, Tage und wochenlang hier zu diskutieren und die Voraussetzungen abzuklären, weil in dieser Situation – und Sie haben das alles selber mitbekommen, was um 18:00 Uhr noch eine ruhige Lage bedeutet ist vielleicht um 01:30 Uhr schon eine ganz andere Situation. Da kann man nicht so vorausschauend agieren, wie man sich das gerne wünschen würde, sondern hier ist Handlungsbedarf gegeben und vor allem ist hier für uns der Vorteil, dass wir hier auch eine Investition für die Zukunft tätigen, die zum Ersten einmal finanziell getragen wird von den Mieten, die wir bekommen, und zum zweiten dann für uns eine Nachnutzung in vieler Hinsicht bedeutet und diese Häuser können dann der Stadtgemeinde und ihren Bewohnern zur Verfügung stehen. Da sehe ich hier bei weitem nicht diesen emotionalen Ansatz, den Sie hier da verbreiten, sondern einfach einmal, dass man vielleicht von unten nach oben zeigt, wie eine Kommune zu reagieren bereit ist, und wo man sich dann die Hilflosigkeit der EU bzw. des Landes auf der anderen Seite tagtäglich über die Bildschirme beflügeln lassen kann. So ist meine ganz persönliche Einstellung.

Gemeinderat Falb: Ich finde, ich bin nicht emotional sondern ich werde ganz ruhig weiterreden. Trotzdem ist es nicht in Ordnung, dass die Fraktionen selektiv über dieses Zusätzliche, über diese neue Entwicklung informiert wurden. Das halte ich fest. Die Grünen wissen das seit langem im Vergleich zu uns. Wir haben es gerade erfahren.

Punkt 2: Dann ist trotzdem dieser Amtsbericht falsch, weil hier steht von einer Alternativlösung und nicht von einer zusätzlichen Lösung, die Sie jetzt machen wollen. D.h. es kommen die 80 Container plus die hier anzuschaffenden Häuser. Das steht so nicht im Amtsbericht, der hier zur Abstimmung kommt.

Sie sprechen über das Versagen der Bundespolitik, am allerliebsten, weil da die Innenministerin dahintersteht, ist eh klar. Es hat die internationale Politik, die Europapolitik, die Landespolitik und auch die Gemeindepolitik Stockerau versagt, weil wir haben seit Frühling den Plan gehabt, in einer Arbeitsgruppe uns zusammen zu setzen, eine gemeinsame Übung zu machen, wo die Gemeinde Stockerau schon vor dem Sommer in die Lage zu versetzen, vernünftige Quartierangebote zu machen. Sie haben das damals, auf Rücksichtnahme auf Ihren Koalitionspartner, von sich gewiesen und haben immer darauf verwiesen, dass es keine Informationen gibt und haben gesagt, machen wir nicht, uns interessiert das nicht, wir wollen über das nicht reden, noch dazu nicht in der Öffentlichkeit, die Pfarre soll das machen. Jetzt drehen Sie um und sagen, jetzt kommt es auf jede Stunde, Tag usw. an, muss ich ehrlich sagen, genau das hätten wir uns eigentlich erwartet im Frühling. Da waren Sie nicht so weit.

Zahlungsmoral der öffentlichen Hand gegenüber den NGOs – Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund usw. Wenn sie möchten, können wir uns im Prüfungsausschuss sehr gerne noch einmal ansehen die Außenstände der Stadtgemeinde bei NGOs. Ich kann hier nicht mehr sagen, weil es nicht in den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung gehört. Ich finde es einen Skandal, was die Stadtgemeinde Stockerau einzelnen NGOs schuldet, und zwar letztfällige Rechnungen, und hier tun Sie so als wäre der Bund amoralisch, weil er dem Samariterbund Geld schuldet.

Interessant ist auch noch die Investition in die Zukunft. D.h. eigentlich geht es nicht nur um die Unterbringung der Flüchtlinge, sondern auch um ein anderes Projekt, nämlich Notfallswohnungen für Stockerau zu errichten. Oder steht das gar im Vordergrund? Ich kenne mich

nicht aus. Nur das muss man diskutieren, das ist nämlich ein ganz anderes paar Schuhe, Notfallswohnungen zu haben.

Für diese Wortmeldung letzte Bemerkung – sollte es tatsächlich so sein, dass sich problemlos die Finanzierung über die Miete, die der Samariterbund entrichtet, sich das Ganze rechnet, eine ordentliche Finanzierung ist, dann kann der Samariterbund es selbst auch natürlich vorfinanzieren, da braucht der die Gemeinde genau dazu eigentlich nicht. Sie haben damit begründet, dass der Samariterbund das nicht finanzieren kann, nicht zahlen kann. Jetzt sagen Sie, mit dem, was uns der Samariterbund zahlt, ist es finanzierbar. Das ist ein Widerspruch in sich selbst.

*Bürgermeister Laab:* Darf da kurz darauf antworten, weil da einiges an Unwahrheiten und an Missverständnissen sind. Wenn jemand auf 5 oder 8 Jahre hier finanzieren muss, dann sind natürlich ganz andere Aufwendungen notwendig als wenn man auf 20 Jahre eine Leasingfinanzierung macht. Was Sie Herr Magister auch leider übersehen, ist, dass die Konditionen der Gemeinde bei einer Finanzierung eine ganz andere ist als was ein anderer Kunde bei einer Bank bekommt. Das ist einfach so. Wenn Sie da jetzt im Gemeinderat Feuer machen wollen, dass Sie seit Frühjahr hier die Grundstücke – wir haben uns sofort, wie wir Ansprechpartner hatten, eben mit dem Land und dem Hofrat in Verbindung gesetzt, dort ist auch die Beauftragung des NGOs passiert, nämlich dass der Arbeiter-Samariterbund für Stockerau zuständig ist. Es wurden zahlreiche Termine wahrgenommen, wo die verschiedensten Plätze, Objekte besichtigt wurden. Nur aus Rücksichtnahme, damit man hier auch den NGO schützt, indem man sich da nicht ständig irgendwelchen Angriffen wehren muss, weil hier der Platz, der Platz, wo natürlich die persönlichen Befindlichkeiten sofort aufkommen, warum es dort nicht geht, hier etwas zu errichten, und bei weitem noch nicht festgestanden ist und die leider auch keine Zusage machen konnten, weil sie von ihren zuständigen Stellen, die ihnen die Container zuweisen sollen, eben keine Zuweisung bekommen haben. Ich stehe zu dem Amtsbericht, wo das vorbereitet wurde und wir schon im Stadtrat darüber gesprochen haben, und das heute zu Mittag dann diese Entwicklung stattgefunden hat, wo das Bundesministerium diese Freigabe gegeben hat, dann wird es nicht so schnell möglich sein, und ich glaube, das kann 100 oder 150 Personen relativ egal sein, wie es drinnen steht, ob es eine Fortsetzung, eine zusätzliche Maßnahme ist, oder ob das – nur die Betroffenen, da wird man, glaube ich, nicht hier so kleinlich sein bzw. hier zu unterstellen, dass es eigentlich nur darum geht, Wohnraum zu schaffen, sehe ich auch ganz, ganz anders. Weil wenn ich hier nachdenke, was vielleicht manchmal ganz gut wäre, was man nach einer Situation, die man momentan zu bewältigen hat, wie man mit dem Geschaffenen dann umgeht, weil jetzt kosten z.B. die Container das Vierfache oder mehr als sie am Anfang dieser Krise gekostet haben. Wenn diese Krise vorbei ist, dann werden sie wahrscheinlich nichts mehr für diese Container bekommen, wenn sie keiner mehr braucht, die jetzt alle auf der ganzen Welt gesucht werden. Wenn wir uns dabei überlegen, wenn Geld ausgegeben wird, dass das dann auch zukünftig in einer hohen Qualität dieser Wohnraum zur Verfügung steht, dann kann das, glaube ich, keinem vorgeworfen werden, sondern das ist eher die Aufgabe des Gemeinderates, wenn er sich überlegt und sagt, zu helfen, dann sollte es so sein, dass man nicht nachher da steht mit Räumen, mit Wohnraum, wo man dann nicht weiß, was man damit anfangen kann. Das sehe ich wenig intensiv, wie Sie hier an den Tag legen.

*Gemeinderat Falb:* Welche Unwahrheiten Herr Bürgermeister? Sie haben mir vorgeworfen, ich habe Unwahrheiten gesagt.

Bürgermeister Laab: Dass da der ASBÖ schaffen kann, wenn er mit dem gleichen Geld.

Gemeinderat Falb: Das ist keine Unwahrheit. Das ist eine Frage der Einschätzung. Der Amtsbericht ist unwahr und nicht das, was ich gesagt habe.

Bürgermeister Laab: Aber wir haben hier unterschiedliche Auffassungen.

Gemeinderat Falb: Sie unterstellen Unwahrheit.

Bürgermeister Laab: Dass Sie besser auf der Bundesebene unterwegs sind als hier die Geschehnisse auf kommunaler Ebene, weil es hier immer wieder Informationen gegeben hat, dass was wir, und das lasse ich mir auch nicht vorwerfen, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht informiert haben, dort wo es geht. Und ich lasse mir schon gar nicht vorwerfen, dass man die Kirchenorganisationen und diese vielen Freiwilligen, die dort sind, und auch Angehörige des Gemeinderates, die sich hier bemühen, einen durchaus funktionierenden Plan haben und eine Struktur haben, wie sie mit dem umgehen. Weil das ist der große Vorteil für uns, wenn wir hier diese Personen bekommen, dann gibt es schon Vorbereitungen und haben die Struktur, dass man sie betreuen kann. Das passiert im Hintergrund, ohne dass man großartig irgendwo Personen hat, die sich ständig über Medien dafür rühmen lassen, sondern die sind engagiert und die bringen sich ein, die kommen zur katholischen und evangelischen Pfarre und zum islamischen Kulturverein und helfen dort mit und betreuen auch diese Menschen, die schon da sind. Wir haben auch die Kapazitäten, dass wir wieder betreuen können, die dann in die zur Verfügung gestellten Wohnmöglichkeiten einziehen werden. Da sehe ich hier sehr gute Arbeit, die von diesen vielen Freiwilligen und von Organisationen geleistet wird, und die sollte man bitte nicht schlecht machen.

Gemeinderätin Schneider: Darf ich kurz klarstellen. Wir kennen den Amtsbericht auch noch nicht sehr lange. Es war genau 14:30 Uhr heute am Nachmittag, wo wir es erfahren haben. Wir glaubten, dass es alle Parteien erhalten haben.

Gemeinderat Falb: Wir haben es nicht erfahren.

Gemeinderätin Schneider: Ich muss leider auch gewisse Vorwürfe anbringen. Diese Situation gäbe es nicht, wenn es anders gelaufen wäre schon viel früher, wie Kollege Falb schon gesagt hat. Wir haben bereits im April gefordert, dass gemeinsame Gespräche bezüglich Wohnraum stattfinden sollten. Wir haben in weiterer Folge Anträge gestellt, wie haben an Sie Herr Bürgermeister einen offenen Brief über die Medien geschickt. Wir haben sämtliche Artikel über sämtliche Medien veröffentlicht. Leider haben Sie meistens es entweder ignoriert oder einfach abgelehnt. Jetzt sollen wir über einen Tagesordnungspunkt abstimmen, über den keinerlei Informationen oder Unterlagen bis gestern gab für uns, weil die Grünen sind nicht im Stadtrat, außer ich habe mir die Akten angesehen und war wirklich sehr verärgert, dass in den Unterlagen ein Zettel, auf dem handschriftlich steht "Ankauf von zwei Häusern" – aus, mehr wussten wir nicht.

Jetzt möchte ich aber dazu sagen, trotzdem werde ich zustimmen, nämlich aus dem Grund, weil es für mich oberste Priorität hat, diesen Menschen auf der Flucht in Stockerau so schnell wie möglich, und das ist offensichtlich schnell diese Häuser, die wirklich schnell aufgestellt werden, einen Mittelpunkt zu geben. Das ist ein Grund, warum wir dafür stimmen. Natürlich im vollen Vertrauen, Herr Bürgermeister, dass Sie diese ganzen Möglichkeiten und Angebote

bezüglich Unterkunft geprüft haben und Sie zu dem Ergebnis gekommen sind, dass dieser Ankauf der Reihenhäuser die beste Lösung auch im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt ist.

Gemeinderat Fischer: Ich muss den Vorwurf, der selektiven Information der Fraktionen im Raum stehen lassen, weil immerhin Mag. Falb hat den Amtsbericht. Mir wurde heute um 08:00 Uhr morgens gesagt, es gibt keinen Amtsbericht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Gemeinderat Falb: Ich habe ihn mir vor 10 min. geholt.

Gemeinderat Fischer: Trotzdem, wir sind in einer Krise, Menschen sind auf der Flucht und wer auf der Flucht ist, braucht Hilfe. Nur drei Fragen: Wie viele Angebote wurden für derartige Häuser eingeholt? Wurde geprüft, ob die KIG Leerstand hat, der zur Verfügung gestellt werden könnte? Wurde geprüft, ob es andere Unterkünfte in der Gemeinde gibt?

Bürgermeister Laab: Zur der Frage kann ich Ihnen sagen, dass die KIG hier Leerstand hat, der vom Wohnraum hergerichtet wird und der nur zur Verfügung gestellt werden kann, wenn er dementsprechend auch mit den Elektro- und Installationszeugnissen oder Bestätigungen ausgestattet ist. Hier geht es darum, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und nicht jetzt hier Wohnraum, der von der KIG benötigt wird, eine Gruppe zu bevorzugen damit die andere einen Nachteil hat. Das ist hier eine Möglichkeit, dass beiden Gruppen, nämlich die Wohnungssuchenden, die angemeldet sind, und die Menschen, die auf der Flucht sind, Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Jetzt kann man ein bisschen vielleicht auch das nachvollziehen, wie die Reaktionen und wie schnell man manchmal reagieren muss. Es wird ja immer vorgeworfen, wie viel Zeit vergeht. Jetzt ist hier einmal die Situation die, dass wir abstimmen über eine Situation, die einem jeden freisteht, wie er damit umgeht. Wir hatten diese Informationen zwar vorher schon, wo der ASBÖ, in dem konkreten Fall, mit Alternativen an uns herangetragen hat, unter der Berechnung, dass sie das organisieren, so wie es immer gewesen ist. Wie sich dann gezeigt hat, dass sie nicht können, ist die Alternative die gewesen, einfach jetzt kurzfristig das so zustande zu bringen, dass wir diese Finanzierung und damit auch Eigentum erwirtschaften oder dass wir sagen, wir sind nicht in der Lage, wir haben nicht die Absicht, das zu tun, dann müssen die schauen, wie sie zu Wohnraum kommen. Dass das Ministerium hier heute mit diesen 80 Containern reagiert, war zu dem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Ich verstehe aber diese Reaktionen, dass man hier so zeitig als möglich diese Informationen bekommen sollte, aber wir sind im täglichen Umgang mit Informationen schon so vorsichtig geworden, weil Dinge, die am Vormittag noch brandaktuell waren, waren am Nachmittag schon wieder weit vom Tisch und bei weitem nicht mehr spruchreif. Somit möchte man sich nicht den Vorwurf aussetzen lassen, dass man ständig an Informationen kommt, die dann hinten und vorne nicht stimmen. Das ist leider, was ich anmerken muss, wo ich um Verständnis ersuche. Aber wie gesagt, wie Sie es auch richtig gesagt haben, die Eile geboten, dass man hier so rasch als möglich zu einer Umsetzung kommt.

Gemeinderat Dummer: So weit ich das jetzt verstanden habe, war diese Containerlösung noch nicht absehbar. Die gibt es aber jetzt. D.h. die Dringlichkeit für den Ankauf dieser Häuser ist jetzt aufgrund dieser Bereitstellung der Container nicht mehr gegeben, wenn ich das recht verstanden habe. Wie viele Plätze sind in diesen Containern vorgesehen? Weiß man das?

Bürgermeister Laab: Wir haben die Information von 80 Containern. Ob das jetzt 100 Personen sind oder das liegt im spekulativen Bereich. Wir haben vom ASBÖ keine – es kann nur hier etwas weitergeben, was man von informativer Stelle bekommt.

Gemeinderat Dummer: Man weiß nicht, wie viel Platz in einem Container ist, ob da eine Person oder zwei Personen, drei Personen untergebracht werden können. Das ist nicht bekannt. Aber es sind 80 Container. D.h. man kann davon ausgehen, dass in diesen 80 Container zumindest so viele Leute untergebracht werden können wie in diesen zwei vorgesehenen Häusern, weil da war jetzt die Rede von etwas über 40. Wenn ich das recht verstanden haben. D.h. diese Container sind ein Äquivalent zu den Häusern, zumindest ein Äquivalent für diese Häuser. D.h. zumindest die Dringlichkeit ist nicht gegeben, wenn gleich, Sie sicher Recht haben, die Container werden nicht ausreichen, um das Thema für die Stadt Stockerau zu lösen. Es sind sicher zusätzliche Lösungen gefordert. Wir haben schon im Sommer über das Rauch-Heim gesprochen. Das wäre grundsätzlich auch geeignet, dort 15 bis 20 Personen unterzubringen. Soweit ich gehört habe, da ist auch noch nichts passiert. D.h. es gibt leerstehende Wohnungen, es gibt das Rauch-Heim. Ich persönlich kenne eine Wohnung, die leer steht und zur Verfügung gestellt wurde, die auch noch nicht bezogen ist. Also momentan hinkt offensichtlich die Zuteilung der Flüchtlinge den Quartieren hinten nach. Ich bin ja nicht grundsätzlich dagegen, aber man sollte sich, glaube ich, in dem Zusammenhang schon die Zeit nehmen, den Ankauf dieser Häuser sorgfältig vorzubereiten und zu prüfen. Ist es ausschließlich mit den Häusern geplant oder brauchen diese Häuser auch Fundamente, brauchen diese Häuser auch einen Anschluss an Wasser, an Strom oder ähnliche Dinge? D.h. ich nehme an, da werden zusätzliche Kosten anfallen. Diese Häuser haben auch Betriebskosten. Sie sagen € 2,50. Die Voraussetzung, wenn Sie sagen, das kostet € 458.000,-- und das ist fertig.

Bürgermeister Laab: € 392.000,-- netto.

Gemeinderat Dummer: Aber mit Mehrwertsteuer kommt man auf diese € 460.000,--. Also da werden Kosten noch dazu kommen. Dann gibt es natürlich Betriebskosten laufend. Die Miete ist € 2,50 pro Person und Tag. Die Einnahmen für den ASBÖ sind € 13,50 pro Person und Tag ohne Verpflegung. Weiß nicht, ob das verhältnismäßig passt. Selbst wenn wir die gesamte Miete für die Tilgung verwenden könnten und wirklich nur die Kosten für das Haus anfallen, brauchen wir 11 Jahre, um aus diesen Einnahmen einmal den Kaufpreis für die Häuser zu bezahlen, ohne Zinsen, ohne Betriebskosten, ohne irgendwelche Nebenkosten. Das sind die Gründe, wieso ich sage, wenn jetzt die Dringlichkeit nicht mehr gegeben ist, sollte man sich vielleicht die Zeit nehmen, das dauert eine Woche oder zwei, da wirklich ein sinnvolles Projekt vorzubereiten, durchzurechnen und auch entsprechende Vereinbarungen mit den Partnern in die Richtung zu treffen. Es ist ja nicht so, dass wir als Gemeinde Stockerau in Geld schwimmen. Wir müssen jedes Jahr drei bis dreieinhalb Millionen Euro aufnehmen, um den ordentlichen Haushalt zu finanzieren. Das ist ja auch nicht wenig Geld. Und jetzt sagen wir, wir geben halt € 500.000,-- aus. Es ist aus meiner Sicht sicher lohnenswert und gut investiertes Geld, aber bitte mit Vernunft und der entsprechenden kaufmännischen Vorsicht, dass man diese Dinge angeht und nicht, brauchen wir jetzt, kaufen wir gleich. Leasingvertrag – wir reden über Umschuldung für die bestehenden Kredite, weil wir die Raten nicht bezahlen können, und auf der anderen Seite nehmen wir wieder neue Kredite auf. Da wird die Umschuldung nichts bringen, weil nämlich durch die neuen Raten, das was man sich erspart, das relativ rasch wieder kompensiert ist.

Stadtrat Moser nimmt an der Sitzung teil (20:08 Uhr).

Bürgermeister Laab: Diese Behauptung möchte ich in den Raum stellen und wird nicht gleich überprüft werden können. Herr Zimmermann wird zustimmen, wir sind unseren Ratenverpflichtungen nachgekommen. Wenn Sie hier keine Dringlichkeit sehen, dann würde ich Sie einmal ersuchen oder vielleicht überlegen und wir könnten gerne mit den NGOs, mit wem Sie auch immer wollen, in Verbindung bringen, dass Sie sich vor Ort ansehen können, wie hier die Situation ist, mit was die konfrontiert sind und wie die Dringlichkeit ihrer Meinung nach ist. Die Prüfung dieses Angebotes ist ja vom Arbeiter-Samariterbund gemacht worden, diese Vorarbeiten. Die Häuser sind voll eingerichtet und sie sind auf diese Häuser gekommen, weil das auch viel billiger wäre als wenn sie Container ankaufen würden als Arbeiter-Samariterbund. Deswegen ist man auf diese Situation gekommen und hat uns das so vorgelegt, diese Firma.

Gemeinderat Mayer: Ich wollte nur sagen, unsere Fraktion ist natürlich so, wir sind auch nicht begeistert oder sind nicht begeistert, wenn Flüchtlinge kommen, das ist kein Geheimnis, Ich möchte aber nur zu Mag. Falb sagen – das hat nichts mit unserer Zusammenarbeit zu tun. Wir sind im Februar ewig beieinander gesessen und wir wissen, dass wir hier zwei unterschiedliche Auffassungen haben und dass wir dabei nicht auf einen grünen Zweig kommen werden. Deshalb unsere Ablehnung auch für das. Uns stört es natürlich noch mehr, wenn die Gemeinde € 500.000,-- in die Hand nehmen muss, wenn wir, wie Herr Dummer gesagt, sowieso knapp bei Kasse sind. Unsere Meinung ist nicht mit der Zusammenarbeit, wir sind immer getrennte Wege gegangen und jetzt wo man schon gewusst hat im Februar, dass das uns vom Bund aufdiktiert wird, dass die Container kommen werden, das war ja kein offenes Geheimnis. Jetzt ist es soweit, wir haben es auch erst gestern erfahren, sehen wir überhaupt keine Notwendigkeit, dass die Gemeinde € 500.000,-- aus der Kassa herausnimmt, und ein Haus für Migranten aufstellt.

Gemeinderat Falb: Ich würde Sie wirklich höflich und ganz ohne emotional bitten im Kontext dieser Diskussion das Wort Dringlichkeit nicht mehr zu verwenden. Wirklich – Sie haben uns im ganzen Frühjahr und jetzt reden Sie von Dringlichkeit.

Eine politische Bemerkung noch: Wenn es so ist, dass 80 Container mit im Schnitt 2 Personen belegt werden, dann stellt uns jetzt das Innenministerium, wirklich – keine Ahnung, Unterkünfte für 160 Leute her auf Bundeskosten – 160 bei 80 Container. Warum müssen wir jetzt innerhalb von wenigen Minuten, wo wir das überhaupt wissen, 45 zusätzliche Plätze hier in Stockerau auf Gemeindegeldern aufstellen, wenn der Bund seiner, Sie haben gerade den Bund kritisiert, er kommt seiner Verpflichtung der Beistellung von Quartieren nicht nach. Jetzt kommt er nach und Sie sagen, der Samariterbund will wahrscheinlich, weiß ich nicht, nehmen wir trotzdem diese zwei Häuser, weil ich jetzt endlich eine Mehrheit habe und zeigen kann, wie es geht.

Dieser Amtsbericht, der nicht nur falsch ist in seiner Begründung, und man kann ja jetzt sehr gut lachen, das ist alles in Ordnung, nur sollte möglicherweise jemand, der jetzt hier die Hand hebt, aufpassen. Brauchen Sie aber auch nicht. Dieser Amtsbericht ist in zweierlei Hinsicht rechtswidrig. Und zwar, er widerspricht definitiv dem § 41 Abs. 2 des Bundesvergabegesetzes. Es macht nämlich einen Unterschied, ob der Arbeitersamariterbund ein Angebot für ein Haus einholt und Ihnen das weitergibt, oder ob wir als Stadtgemeinde Stockerau einen Bauauftrag erteilen. Es ist eine Rechtsverletzung, die hier passiert. Nicht umsonst sind die ganzen Aufträge an Rosinak und Co. immer unter € 100.000,--. Hier vergeben wir ohne

Steuer an die € 400.000,--, mit Steuer knapp unter € 500.000,--, auch knapp unter € 500.000,--, also eine Verletzung des Bundesvergaberechtes liegt hier vor.

2. § 75 Abs. 2 NÖ GO schreibt vor, dass jeder Antrag mit einem Bedeckungsvorschlag zu versehen ist, der gleichzeitig zu konkretisieren und abzustimmen ist. Das liegt nicht vor in diesem Antrag. Daher ist dieser Antrag nicht zulässig, zur Abstimmung zu bringen. Es tritt ein Schaden für Stadtgemeinde Stockerau, ein finanzieller ein. Ich kann daher den Mitgliedern meiner Fraktion dringendst nur empfehlen, diesem Antrag nicht zuzustimmen, damit sie sich nicht allenfalls strafrechtlicher Verfolgung schuldig machen bzw. aussetzen. Ich muss darauf hinweisen, dieser Antrag ist zumindest in zwei Punkten rechtswidrig. Man muss z.B. bei Bauaufträgen durch die öffentliche Hand, so auch die Gemeinde, die Folgekosten miteinbeziehen. Hier steht dazu überhaupt nichts. Das muss auch hier abgearbeitet werden.

Also, dieser Antrag ist in der Begründung falsch und zumindest in 2 1/2 bis 3 Punkten wirklich rechtswidrig. Wir würden da dringend empfehlen, ihn herunterzunehmen, nicht abzustimmen heute und bei einer eventuell Sondersitzung des Gemeinderates nach einer eingehenden Beratung oder mit einer vollständigen Information an alle, die hier sitzen, nicht nur selektiv, neu auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist Ihnen ohnehin unbenommen, aber heute abzustimmen, also meiner Fraktion kann ich nur dringend auch im eigenen Interesse der Mandatäre empfehlen, das auf keinen Fall zu tun. In 14 Tagen ist die Dringlichkeit, die jetzt für Sie sehr plötzlich im Herbst eintritt, ist die Dringlichkeit, der kommt man noch immer dann nach und der tut man immer genüge.

Bürgermeister Laab: Es ist natürlich so, wenn wir diese Abstimmung machen, dass die Umsetzung erst nach rechtlicher Prüfung erfolgen kann, ob hier wirklich keine Verletzungen, die Sie hier angesprochen haben, erfolgen. Es zieht noch nicht automatisch nach sich, dass das auch umgesetzt werden muss. Wir werden und natürlich nicht in irgendwelche Rechtsunsicherheiten begeben, wenn die Argumente, die Sie hier anführen, die man natürlich überprüfen kann, dann diese Umsetzung in Frage stellt. Die zeitliche Abfolge, glaube ich, sollte schon eingehalten werden, damit hier raschest eine Umsetzung möglich wäre.

Gemeinderat Dummer: Ich möchte nochmals auf meine Ausführungen zu den Gesamtkosten verweisen und auch grundsätzlich festhalten, dass ich natürlich dafür bin, dass wir Flüchtlinge hier ordentlich und vernünftig unterbringen. Ordentlich und vernünftig heißt aber auch in einer geregelten Weise und nicht 250 auf einmal, oder wie viel auch immer. Wenn jetzt die Container, die sicher schneller aufgestellt sind als jedes Fertigteilhaus, vom Bund hier aufgestellt werden, dann ist die erste Herausforderung einmal, die Leute, die in diesen Containern unterzubringen sind, einmal unterzubringen und gescheit zu integrieren. Wir haben auch mehrmals diskutiert, dass es nicht damit getan ist, einfach Raum zur Verfügung zu stellen und dort die Leute reinzupacken, sondern da gehört ja mehr dazu. Da gehört ein Gesamtkonzept, das wir immer wieder gefordert haben, das aber nicht vorliegt und den Plan haben wir auch nicht. Den haben hoffentlich diese Hilfsorganisationen wie der ASBÖ, die Pfarre oder wer auch immer. Trotzdem für die Schulen, für alles ist es notwendig, dass die auch gewisse Vorlaufzeiten haben, und dann muss oder sollte die Zeit sein, diesen Prozess ordentlich, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften auch durchzuführen. Also die zwei, drei, vier Wochen Verzögerung, glaube ich, sind vertretbar, weil es ja hier um eine langfristige Lösung geht und nicht nur darum, gleich schnell irgendwas aus dem Ärmel zu schütten. Ich bin jetzt immer noch nicht davon überzeugt, dass die € 456.000,-- mit Mehrwertsteuer die gesamten Kosten sind. Ich glaube, dass das über € 500.000,-- liegt, wenn man die Anschlüsse, die Fundamente,

alles dazu rechnet, und dass dann halt einfach andere Vorschriften zusätzlich einzuhalten sind, ob wir es wollen oder nicht.

Bürgermeister Laab: Die Argumentation von Herrn Mag. Falb möchte ich noch kurz erwähnen, weil er rechnet einfach 80 Container mal zwei sind 160 Personen, obwohl man weiß, dass diese Container mit Nassräumen, Aufenthaltsräumen ausgestattet sind. Es sind ja verschiedene Vorschriften zu tätigen. Die haben wir zu genüge alle kennengelernt, die sich privat dazu interessiert haben, was ist notwendig, ein Quartier zur Verfügung zu stellen, was hier für Quadratmeter, für Freiräume notwendig sind. So einfach kann man sich das jetzt nicht machen. Die unterste Zahl, die man annehmen kann bei 80 Containern, sind nach telefonischer Auskunft, wobei ich nicht weiß, ob die wirklich hält, aber ich gehe davon aus, um die 100 Personen. Es geht auch darum, welche Personengruppen kommen, kommen Familien, Familien mit Kleinkindern. Das ist für die NGOs auch nicht wirklich absehbar und können hier keine genauen Zusagen machen, weil sie hier keine Angaben haben.

Gemeinderat Pfeiler: Kurz meine Gedanken dazu. 1. Container wertlos den Häusern. Ich glaube, es ist schon notwendig zu betrachten, dass man da von ganz unterschiedlichen Qualitäten der Unterbringung spricht. Es macht einen Unterschied, ob man die Menschen, die auf der Flucht sind und zu uns kommen, in Container unterbringt, oder ob man hier wirklich echte Häuser zur Verfügung stellen kann. Zwar ein Dach über dem Kopf ist besser als kein Dach über dem Kopf, aber ein Haus ist besser als ein Container. Insofern stört mich an der Diskussion, dass man sagt, jetzt kommen eh die Container, jetzt sind die Häuser verzichtbar. Aus meiner Sicht nein.

Gemeinderat Falb: Wenn es drinnen steht, dann schon.

Gemeinderat Pfeiler: Ich kenne den Amtsbericht nicht, das tut mir leid. Je mehr festen Wohnraum wir anbieten können, umso weniger Container. Insofern habe ich schon eine gewisse Präferenz für die Häuser. Das ist einmal der Punkt eins.

Der Punkt zwei ist: Im Frühjahr, ich kann mich noch erinnern, das war zu Pfingsten, war ein großer Regen, die ersten Menschen, die auf der Flucht durch oder nach Österreich gekommen sind, haben in Zelten übernachtet, und ich habe mir gedacht, ich bin gespannt, ob Österreich bis zum Herbst zusammenbringt, angemessene Quartiere bereitzustellen. Es ist jetzt Ende Oktober und die Diskussion, die auf Bundesebene und wie man gesehen hat, die ein Multiorganversagen zur Schau trägt, die haben wir jetzt im Gemeinderat. Ich möchte eigentlich nicht Teil dieses Multiorganversagens sein. Ja, es sind ein paar Dinge kurzfristig gekommen, ja, man könnte noch Vergleichsangebote einholen, aber ..

Gemeinderat Falb: Muss.

Gemeinderat Pfeiler: OK, muss, soll sein, aber dennoch sollten wir uns nicht zu einem Teil dieses Multiorganversagens machen, sondern versuchen zu handeln. Das ist der zweite Punkt. Der dritte Punkt ist: Vergabegesetz – ja, es gibt das Bundesvergabegesetz, daran sollte man sich auch halten.

Gemeinderat Falb: Muss man sich halten.

Gemeinderat Pfeiler: Muss man sich halten, gut, ja danke, aber es gibt auch im Bundesvergabegesetz Ausnahmen für Tatbestände. Ich würde ersuchen, dass Frau Dr. Riedler sich hier erkündigt und schaut, ob wir hier auch bestimmte Ausnahmetatbestände in Anspruch nehmen können, um uns dennoch an das Bundesvergabegesetz halten zu können.

Gemeinderat Dummer: Sie (zu Laab) haben das in Ihrer Aussage vorhin ja eigentlich eh treffend mehrfach gesagt, man weiß ja nicht. Wir sollen abstimmen und Sie sagen zu jedem Wort "man weiß ja nicht". Da tue ich mir schwer abzustimmen, wenn man nicht weiß. Ich bin nicht dafür, dass man sagt, wir verzichten auf die Häuser, nur dass man das vernünftig und ordentlich prüft. Das ist die Sache, um die es geht, wenn wir sowieso ad hoc Lösungen haben, die diese Prüfungsphase überbrücken können. Und vielleicht weiß man dann, was Sache ist.

Bürgermeister Laab: Herr Dummer, irgendwie diese provokanten Äußerungen "weiß ich nicht", würde ich das nicht sagen, wenn hier die verantwortlichen Personen, die die genauen Auskünfte geben können, die Anzahl der Personen steht fest, das weiß man, und die Plätze, die man braucht, die weiß man auch, und dass es dringend ist, das weiß man auch, und dass der Winter vor der Tür steht, das weiß man auch. Nur wenn Sie jetzt wollen, dass die Personen vorgestellt werden, dass sie sagen können, ob die nach Stockerau oder nicht nach Stockerau kommen sollen – ich weiß nicht, was da die Ursache, die Wirkung ändert, wenn man hier jetzt Zahlen hat, die dann bekanntgegeben werden, wollen Sie dann damit erreichen, wenn die dann nicht eingehalten werden, dass man sagen kann, man wurde falsch informiert, und man hat 348 Personen gesagt und es sind nur 298 gekommen und es waren nicht so viele Kinder sondern mehr Erwachsene, es war nicht dieses Alter oder jenes. D.h. man weiß sehr viel, man kann nur nicht im Detail diese Fragen beantworten. Man sieht nur eines, dass offensichtlich, wenn notwendig ist, dass man rasch reagiert, sehr viele dann auf Zeit spielen und argumentieren das und das. Wir haben es gesagt und wir werden es auch so durchführen, weil ich niemanden, der heute, wenn er seine Zustimmung gibt, in die Lage versetzen kann, dass er Rechtsverletzungen begeht. Dass das natürlich, GR Pfeiler hat es treffend angeführt, dass man sich genau diese Punkte anschauen muss, wo man hier Umsetzungen machen kann ohne dass man Rechtsverletzungen begeht. Gibt es diese Ausnahmen, gibt es die nicht? Wenn hier die Möglichkeit nicht besteht, dann wird man auch niemanden dazu zwingen, dass er mit seiner Zustimmung hier sich einer Rechtsverletzung schuldig macht. Das ist an und für sich das, um was es geht. In Wahrheit geht es darum, einen Beschluss zu fassen, damit man rasch und schnell reagieren kann, wenn hier die Rahmenbedingungen stimmen.

Gemeinderat Falb: Den Vorwurf, dass wir auf Zeit spielen, ich weise ihn schärfstens zurück. Wer in der Flüchtlingsfrage in dieser Stadt auf Zeit gespielt hat, waren Sie. Bitte wiederholen Sie dies nicht mehr. Sie wissen nicht, wie viele Leute in den Containern untergebracht werden, Sie wissen es nicht. Sie sagen eine Untergrenze von hundert. Sie wissen es nicht. Und aufgrund dieses Wissens sollen wir jetzt zusätzliche, wohlgemerkt komfortablere, Unterkünfte beschließen. Warum kann man nicht prüfen vorab, ob so ein Vorgang rechtmäßig ist. Herr Bürgermeister, Sie brauchen nicht prüfen, Sie wissen, was ein Bedeckungsvorschlag ist und dass das kein Bedeckungsvorschlag ist, das kann Ihnen die Frau Riedler, der Herr Zimmermann ad hoc sagen, dass das kein Bedeckungsvorschlag ist. Das brauchen wir nicht prüfen. Dieser Amtsbericht ist rechtswidrig. Aus. Warum kann man nicht in 14 Tagen eine Gemeinderatssitzung machen und das beschließen. Wir sollten die Zeit hier eigentlich dafür verwenden, dass wir uns überlegen, wie wir mit den Menschen, die jetzt in Container ange-

siedelt werden, was für Rahmenbedingungen eigentlich dazu schaffen sind, damit die in Stockerau auch ankommen ordentlich.

Bürgermeister Laab: Die Voraussetzungen sind geschaffen über die, was ich Ihnen versucht habe seit einer Stunde.

Gemeinderat Falb: Sie wissen ja nicht einmal die Zahl, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister Laab: Die Herrschaften von der evangelischen, der katholischen Pfarre und islamistischen Kulturgemeinde haben die Voraussetzungen geschaffen. Die arbeiten schon seit Monaten mit uns zusammen. Sie sind halt etwas befremdet, weil Sie nicht direkt beteiligt sind. Aber sind wir doch froh, wenn es funktioniert.

Gemeinderat Falb: Das heißt, Sie stellen hier fest, dass für die Betreuung von zugeteilten 200 oder 250 Personen, das haben Sie in den Raum gestellt, in Stockerau die optimalen Betreuungsgegebenheiten schon gegeben sind. Also, da gratuliere ich Ihnen, ich finde das wunderbar.

Bürgermeister Laab: Optimal haben wir nicht gesagt.

Gemeinderat Falb: Und ich darf mich wirklich verwundern, dass der Gemeinderat mit keinem Wort bisher darüber informiert wurde und dass es der Stadtgemeinde Stockerau noch keinen Euro gekostet hat. Das ist eine Aktion, da kann ich nur gratulieren.

Gemeinderätin Trabauer: Ich habe zu dem Tagesordnungspunkt eigentlich nur eine Frage. Und zwar, gibt es irgendwelche Vergleiche von anderen Gemeinden in NÖ, die für eine NGO quasi ein Quartier errichtet oder bezahlt hat oder sind wir da die einzige Gemeinde, die quasi dem Samariterbund zahlt. Mich hätte es nur interessiert. Das ist jetzt nur eine persönliche Frage, ob es irgendeine andere Gemeinde auch gibt, weil soweit mir das auch aus dem beruflichen Kontext bekannt ist, kenne ich keine einzige NGO, die von der Gemeinde Unterkünfte errichtet bekommt. Eigentlich bieten die NGOs das an oder mietet es zumindest. Für mich wäre das jetzt komplett neu.

Bürgermeister Laab: Das hat sich in dieser kurzen Zeit noch nicht herausfinden lassen.

Gemeinderat Falb: Das wissen wir auch nicht. Wissen wir irgendetwas?

Bürgermeister Laab: Natürlich brauchen die NGOs das, haufenweise.

Gemeinderätin Trabauer: Ich kenn z.B. wirklich nur so, dass die NGO jetzt z.B. in die Gemeinden geht und Räumlichkeiten sucht und diese dann anmietet. Mir ist aber kein einziger Fall jetzt, egal von welcher NGO wir reden oder von einem Privaten, von dem größten privaten Quartiergeber in ganz NÖ, überhaupt nicht bekannt, dass der in die Gemeinde geht und sagt, ich hätte ganz gerne, dass ihr mir die Plätze errichtet und die Gemeinde zahlt dann quasi für die Errichtung von einem Bauwerk oder für Häuser oder je nach dem. Also, das wäre mir noch gar nicht bekannt. Deswegen interessiert es mich persönlich, gibt es irgendwie vergleichbare Gemeinden, die das auch machen oder sind das wieder nur wir in ganz NÖ.

Bürgermeister Laab: Wohnraum wird zur Verfügung gestellt.

Gemeinderat Falb: Errichtet!

Gemeinderätin Trabauer: Hier geht es um die Errichtung.

Bürgermeister Laab: Errichtet oder zur Verfügung gestellt, in welcher Form auch immer, passiert das natürlich sicher des Öfteren. Sie können sich jetzt hier in Wortklaubereien verlieren, das ist sicher möglich, aber schlussendlich geht es um nichts anderes als zu entscheiden, ob diese Vorgangsweise eingeschlagen wird, ob man den Weg zu Ende führen können, werden dann die Punkte zeigen, die zu verrichten sind. Es wird, und da wiederhole ich mich, nicht zustande kommen, wenn es hier rechtlich sehr große Differenzen gibt oder Hindernisse, die nicht zu überwinden sind.

Gemeinderat Fischer: Ich habe vorhin gefragt, ob Angebote eingeholt wurden. Ich entnehme aus der Debatte, dass es nur ein einziges Angebot gibt.

**Ich stelle daher einen Gegenantrag:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechend dem Bundesvergabegesetz vergleichbare Angebote einzuholen und diese ehestmöglich dem Gemeinderat, gegebenenfalls in einer gesonderten Sitzung, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Gemeinderat Falb: Mit Fundament und allem.

Gemeinderat Fischer: Ja.

Gemeinderat Mayer: Ich möchte mich bedanken für die Rechtsauskunft. Wir stimmen sowieso nicht mit. Ich wollte nur sagen, egal ob das jetzt € 500.000,-- kostet oder € 600.000,--, das sind Gemeindegeldkosten, die in unserer Budgetsituation fehlen. Egal wie rechtlich das ist oder unrechtlich das ist, wir greifen in die Gemeindegeldkassa und holen € 500.000,-- oder € 600.000,-- raus.

Gemeinderat Hopfeld: Wir haben es aber nicht.

Gemeinderat Falb: In der krassen Situation, wie es jetzt ist.

Bürgermeister Laab: Ich möchte das Angebot, das hier vorliegt auch zur Abstimmung bringen. Wir stimmen zuerst über den Antrag, den Herr Fischer eingebracht hat, ab.

Gemeinderat Falb: Kann man bitte den Antrag präzise formulieren. Ist es ein Alternativantrag, ein Gegenantrag, modifiziert der den Antrag, weil das würde ja bedeuten, Sie fordern hier ein, die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens. Das bedeutet aber, dass wir diesen Antrag nicht abstimmen können heute.

Gemeinderat Fischer: Dieser Antrag ist gefallen, wenn der Gegenantrag angenommen wird.

Gemeinderat Falb: Das ist die Frage.

Ich stelle namens meiner Fraktion den **Antrag auf namentliche Abstimmung**, über diesen Antrag. Herr Bürgermeister hat den Antrag des Dr. Fischer präzisiert, hat zur Abstimmung gebracht und ich stelle namens der ÖVP auf namentliche Abstimmung.

Bürgermeister Laab: Wir stimmen namentlich ab, indem man – dass man da keine Verletzung begeht, können Sie das präzisieren.

Gemeinderat Falb: Herr Bürgermeister, ich bitte um Unterbrechung der Gemeinderatssitzung, um Ihnen die Gemeindeordnung erklären zu können.

Bürgermeister Laab: Wir brauchen nicht unterbrechen.

Gemeinderat Falb: Anträge im Gemeinderat können, wie es üblich ist, offen, namentlich oder geheim zur Abstimmung gebracht werden. Das ist ein Recht, ein Drittel der anwesenden Mitglieder des Gemeinderates eine namentliche Abstimmung zu verlangen. Ich bitte, in dem Fall müssen Sie die Unterstützungsfrage stellen, wer diesen Antrag unterstützt. Nach derzeitiger Teilungsregelung der Gemeindeordnung brauchen Sie dafür die Unterstützung von 12 Mitgliedern des Gemeinderates. Sollten diese 12 Unterstützungen da sein, haben Sie eine namentliche Abstimmung durchzuführen. Die namentliche Abstimmung bedeutet, dass im Protokoll nicht nur festgehalten wird, welche Fraktionen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat waren, sondern wer, und zwar namentlich, dem Antrag zugestimmt hat und wer sich dagegen ausgesprochen hat. Enthaltungen zählen als Gegenstimmen.

Bürgermeister Laab: Möchte die Reihenfolge einhalten und den **Antrag von Mag. Falb abstimmen**, ob die **namentliche Abstimmung** unterstützt wird.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	12
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Bürgermeister Laab: Es sind alle dafür, dann ist dieses Drittel, welches Sie erwähnt haben erreicht, damit stimmen wir den Antrag dementsprechend ab.

Es wird namentlich aufgerufen und die Mitglieder geben ihre Entscheidung bekannt.

Darf ich Herrn Dr. Fischer ersuchen, seinen Antrag nochmals zu formulieren, dass alle die Information haben. Dann die Abstimmung darüber.

Gemeinderat Fischer: **Gegenantrag**: Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechend dem Bundesvergabegesetz vergleichbare Angebote einzuholen und diese ehestmöglich dem Gemeinderat, gegebenenfalls in einer gesonderten Sitzung, zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **Namentliche Abstimmung über Antrag von Gemeinderat Fischer:**

**Für den Antrag** von Gemeinderat Fischer sind:

(nach namentlichen Aufruf –Stimmenabgabe mit **Ja**):

Kronberger, Moser, Völkl, Bartosch, Dummer, Falb, Handschuh, Hetzendofer, Hopfeld, Kopf, Trabauer, Weiss, Kracher-Schramm, Mayer, Kube, Fischer;

**Gegen den Antrag** von Gemeinderat Fischer sind:

(nach namentlichen Aufruf - Stimmenabgabe mit **Nein**):

Straka, Schneider, Pfeiler, Hellwein, Pollak, Bauer, Buchta, Riedler, Ambrosch, Minibeck, Frithum, Ryba, Holzer, Eisler, Ibraimi, Preyss, Ruzicka, Gübler, Hermanek, Laab;

**Stimmenhaltung** gibt es keine.

**das sind: 20 NEIN-Stimmen und 16 JA-Stimmen,**

**somit ist der Antrag von Gemeinderat Fischer mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Bürgermeister Laab: Ich ersuche Sie mir ein Zeichen der Zustimmung zu geben, wenn Sie für den vorliegenden Antrag von Vizebgm. Hermanek sind.

Gemeinderat Falb: Ich **beantrage** namens meiner Fraktion eine **namentliche Abstimmung**.

Bürgermeister Laab: Frau Dr. Riedler wird die Personen aufrufen, und die werden ihr Abstimmungsverhalten bekanntgeben. Also, wer für diesen Antrag ist, sagt "Zustimmung" und wer dagegen ist, eben "Gegenstimme"

### **Namentliche Abstimmung über Antrag des Tagesordnungspunktes V./a)/4.)**

**Mit "Zustimmung"**: Laab, Hermanek, Eisler, Holzer, Ryba, Ambrosch, Bauer, Buchta, Frithum, Gübler, Hellwein, Ibraimi, Minibeck, Pollak, Preyss, Riedler, Ruzicka, Straka, Pfeiler, Schneider;

**Mit "Ablehnung":** Kronberger, Moser, Völkl, Kube, Bartosch, Dummer, Falb, Handschuh, Hetzendorfer, Hopfeld, Kopf, Trabauer, Weiss, Kracher-Schramm, Mayer, Fischer;

**das sind: 20 Stimmen mit Zustimmung und 16 Stimmen mit Ablehnung**

**somit ist der Antrag (Ankauf von zwei Häusern) mehrheitlich beschlossen.**

## **5.) Straßenbeleuchtung – Ankauf von LED-Lichtpunkten**

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Da im Bereich des Sportzentrums durch die alten Beleuchtungskörper wir mit vielen Ausfällen konfrontiert sind ist geplant die Beleuchtung auf LED Einbauleuchtkörper zu tauschen. Die weiteren Vorteile wären Energieeinsparung, lange Lebensdauer, geringe Ausfälle und geringe Wartungskosten.

Es wurden mehrere Produkte getestet. Wir haben diese eingebaut bei Dunkelheit besichtigt, Lichtmessungen durchgeführt, auf Blendung geachtet, unterschiedliche Lichtfarben geprüft und sind zu dem Entschluss gekommen das das Produkt von LED & CO mit der Lichtfarbe 4000K und einer Systemleistung von 32W am besten unseren Anforderungen entspricht.

Wir haben von 3 unterschiedlichen Herstellern Angebote eingeholt getestet und sind zu dem Ergebnis gekommen:

Firma Siteco ist preislich am höchsten und ist qualitativ nicht höherwertiger, bzw. der Blendfaktor ist sehr hoch. Es wären auch Umbaumaßnahmen am Leuchtgehäuse notwendig

Firma Deco & Lights wäre zwar das günstigste Produkt hat jedoch nicht unseren Anforderungen entsprochen. Es wären auch Umbaumaßnahmen am Leuchtgehäuse notwendig.

Firma Philips hat keinen Umrüstsatz für die bestehende Beleuchtung (Glocke).

Daher wird empfohlen die Firma LED & Co zu nehmen.

Deco & Lights	Angebotsnummer 2015-30292	9.360,-€ netto
LED & CO	Angebotsnummer 201500036	16.920,-€ netto
Siteco	Angebotsnummer 600979	25.524,-€ netto

Die Beauftragung der Firma LED & CO helle Köpfe GmbH mit der Materialanlieferung der 72 LED Lichtpunkte zur Modernisierung, Energieeinsparung und Erneuerung wegen schlechtem Zustand im Bereich des Sportzentrums mit der Netto-Auftragssumme von € 16.920,-- wird beschlossen.

Gemeinderat Pfeiler: Grundsätzlich ist es eine sinnvolle Sache die Umstellung auf LEDs. Ich habe irgendwann im heurigen Jahr gelesen, dass es eine Förderaktion des Landes NÖ gibt, LED-Umrüstung zu fördern. Ich würde anregen zu prüfen, ob wir förderfähig sind und ob noch die Antragsfrist läuft.

Bürgermeister Laab: Diese Prüfung ist mit Herrn Ehn am Laufen. Natürlich wird es berücksichtigt, wenn die Fördermöglichkeit besteht. Aber danke für die Info.

Gemeinderat Hopfeld: Haben Sie auch bei Stockerauer Firmen angefragt bzw. dieser LED-Lampen.

Bürgermeister Laab: Ja, wir haben mehrere Firmen angefragt. Entscheidend für die Beauftragung war dann das, dass hier nur die jetzt beauftragte Firma nicht den ganzen Beleuchtungskörper tauschen muss sondern nur die Beleuchtung. Das ist bei der Stockerauer Firma nicht der Fall, wie bei anderen auch. Es hätte Mehrkosten verursacht.

Gemeinderat Hopfeld: Bezüglich der Kosten – ca. € 16.000,-- - haben wir das im Budget drinnen oder ist es außerhalb des Budgets? Ist das gedeckt oder nicht gedeckt? Die Bedeckung ist nicht ersichtlich.

Bürgermeister Laab: Es muss gedeckt sein, weil es hier um eine Instandhaltung/Reparatur handelt und nicht um einen Neukauf.

Gemeinderat Falb: Wieder vom Kollegen Hopfeld die Frage der Bedeckung gekommen ist. Die NÖ Gemeindeordnung schreibt verpflichtend Bedeckungsvorschläge vor für jeden Antrag. Bei uns steht das nie drinnen. Warum ist das so? Es steht in der Gemeindeordnung drinnen – bei jedem Antrag, der Kosten verursacht, ist ein Bedeckungsvorschlag aufzunehmen.

Bürgermeister Laab: Die Buchhaltung prüft das mit Herrn Ehn. Man kann aber die Beleuchtung dort nicht im Finstern lassen.

Gemeinderat Falb: Das war nicht die Frage.

Bürgermeister Laab: Ich weiß, dass das nicht die Frage war. Wir werden Ihnen morgen eine schriftliche Antwort von der zuständigen Abteilung zukommen lassen.

Gemeinderat Dummer: Es ist unbestritten, dass manche Investitionen oder auch Ausgaben sinnvoll sind. Trotzdem gehört es einfach dazu, dass man sich auch überlegt, woher kommt das Geld. Das ist in der Vergangenheit zu wenig oft passiert und darum stehen wir dort, wo wir jetzt stehen. Also, kann man das bitte vielleicht in Zukunft berücksichtigen, dass, wenn wir zusätzliche Ausgaben haben, die nicht im Voranschlag drinnen sind, man dazu schreibt, woher das Geld kommt. D.h. ja Bedeckung, woher kommt das Geld. Damit man hier einfach einmal eine Ordnung in die Finanzen reinbringt.

Bürgermeister Laab: Ich habe jetzt gerade anderwärtige Auskünfte. Aber damit man nicht hier endlos Diskussionen führt, wer Recht hat, werden wir das prüfen, was Herr Mag. Falb gesagt hat. Wir werden dementsprechend in Zukunft ganz penibel darauf Rücksicht nehmen, dass diese Informationen da sind. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass Sie Herr

Dummer mit solchen Behauptungen – es ist nicht wirklich so, dass man sich verstecken muss, wie Sie das hier darstellen. Wir werden diese Vorschriften zukünftig dementsprechend erfüllen.

Gemeinderat Pfeiler: Wenn sich Herr Ehn jetzt anschaut, ob die Förderung noch läuft, wäre noch die zusätzliche Anregung zu überprüfen, ob es weitere Ersatzinvestitionen in dem Bereich gibt, dass wir im heurigen Jahr noch weitere LED-Umrüstungen eventuell vornehmen können.

Bürgermeister Laab: Diese Anregung werde ich gerne weitergeben. Aufgrund einer leider nicht eingetroffenen Prognose sind hier so viele schadhafte Lampen in relativ kurzer Zeit entstanden, dass hier eine Maßnahme dringend erforderlich ist.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	12
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

**6.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 291/2 an Mag. Wittmann Monika**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an Frau Mag. Monika Wittmann, das im Teilungsplan des Dipl.Ing. Geiger ausgewiesene Trennstück 3, mit dem Ausmaß von 478 m<sup>2</sup>, Schießstattgasse, zu folgenden Bedingungen.

1. Der Grundpreis beträgt € 170,--/m2, einschließlich Aufschließungskosten, somit insgesamt € 81.260,--.
2. Sämtliche Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages erwachsen werden, sind von den Käufern zu übernehmen.

Gemeinderätin Kopf: Ist dieser Preis eigentlich marktüblich in Stockerau? Sind wir nicht bei Baugründen höher?

Bürgermeister Laab: Für diese Verhältnisse ist der Preis marktüblich. Hier handelt es sich um ein Teilstück, das keine Bauland-Wohngebiet-Größe hat. Es wird in ein privatverkauftes Grundstück eingegliedert. Deshalb wird der Preis, den wir auch das letzte Mal angesetzt haben, fortgeführt.

Gemeinderat Pfeiler: € 170,-- sind nicht marktüblich. Wir haben bei der letzten Gemeinderatssitzung über einen Grundverkauf in der Schaumannngasse diskutiert. Da war auch wieder das Thema, dass das Grundstück so nicht verwertbar sei. Da hatten wir einen Verhandlungspreis von € 175,--. Gut, das war damals ein kleiner Zwickel, ok. – wird für Parkplatz oder sonstige Zwecke verwendet. Diesmal handelt es sich wirklich um hochwertiges Wohnbauland in einer Grünlage und diesmal ist der Verkaufspreis sogar unter dem Verkaufspreis, mit dem wir den Parkplatz verkauft haben. Vor dem Hintergrund halte ich die € 170,-- pro m2 schon als unterbewertet.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	12
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	1

**b) Stadtentwicklung, Verkehr und Liegenschaftsmanagement abgesetzt**

**1.) Änderung örtliches Raumordnungsprogramm**

**2.) Änderung Bebauungsplan**

**3.) Vereinbarung gemäß § 17 NÖ Raumordnungsgesetz – Strohmayer-Henk Gerda**

**c) Park- und Gartenanlagen, Forst**

**1.) Antrag an die NÖ Fischereibehörde zur Feststellung  
von Fischereirechten im Verbindungsgerinne Sechtelbach**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Stadtrat wolle beschließen:

Die Herstellung dieses neuen Gerinnes erfolgte im Zuge von Grundwasserableitungsmaßnahmen der Grundwasser-Hochstände 2009/2010.

Im Bescheid über die wasserrechtliche Teilüberprüfung KOW2-WA-1112/003 wurde das Thema Fischereirecht nicht behandelt, da die Feststellung der fischereirechtlichen Verhältnisse durch die Fischereibehörde, das ist der NÖ Landesfischereiverband, zu erfolgen hat.

Die Stadtgemeinde Stockerau ist im Verlauf des neugeschaffenen künstlichen Gerinnes Eigentümerin der Grundstücke mit den Parz.Nr. 581 (Teilstück), 582, 187 alle EZ 89 und Parz.Nr. 587, EZ 2, alle in der KG Unterzögersdorf und daher nach § 362 ABGB grundsätzlich auch Fischereirechtseigentümerin (siehe auch Urteilsbegründung des BG und LG Korneuburg im abgeschlossenen Fischereirechtsverfahren „Durchstich“).

Im Zuge des rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens „Fischereirecht im Durchstich“ wurde gegenüber der Stadtgemeinde Stockerau durch den beklagten Reviernachbarn der Vorwurf erhoben, dass die Stadtgemeinde nie eine Klarstellung der Fischereirechte von der Fischereibehörde verlangte. Um zu verhindern, dass sich abermals, wie im Durchstich lange nach der Errichtung eines neuen Gerinnes, Unstimmigkeiten über die Fischereirechte ergeben, soll daher diesmal unverzüglich die NÖ Fischereibehörde damit befasst werden.

Der Antrag an die Landesfischereibehörde zur Feststellung der Fischereirechte der Stadt Stockerau im Verbindungsgerinne vom Sechtelbach zum Stockerauer Arm wird genehmigt.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	17
	ÖVP	12
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

## **VI. Anträge gemäß § 46 Abs. 1 NÖ GO 1973**

### **1.) Entwicklung der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung von Stockerau**

Bürgermeister Laab ersucht die ÖVP diesen Antrag, den sie eingebracht hat, zur Kenntnis zu bringen.

Gemeinderat Falb: Ich möchte die Gemeinderatssitzung nicht künstlich verlängern. Nachdem wir hier gehört haben, wie mit Gemeindemitteln umgegangen wird, muss ich ehrlich sagen, verliert man ein bisschen die Lust, Verwaltungsreformthemen, bei denen es vielleicht um ein bisschen Geld geht, vergleichsweise zu diskutieren. Ich möchte es trotzdem tun.

Wir haben eine Personalausschusssitzung am 20. Mai gehabt und damals hat die Fa. KDZ zwei Themen präsentiert. Das eine waren die sogenannten Funktions- und Stellenbeschreibungen, das zweite war die Organisationsstruktur, alles mit dem Ziel Einsparungen in der Gemeindeverwaltung zu erreichen. Was uns interessieren würde und worüber wir Auskunft bitten würden, weil im letzten Personalausschuss wurde es nicht mehr angedet. Einen künftigen Personalausschuss wissen wir noch nicht, ob und wann es ihn geben wird. Wir hätten gerne gewusst. Sind diese Organigramme, diese Funktions- und Stellenbeschreibungen mittlerweile von der KDZ geliefert worden? Ist das fertig oder wie ist der Status?

Stadtrat Kube: Der Teilauftrag des KDZ – Organisationsentwicklung aus Teilen des Gesamtprojektes Budgetkonsolidierung ist mit der Präsentation des Organigramms damals erfüllt gewesen. Die ersten internen Planungen zur Umsetzung haben gezeigt, dass diese, wie in allen großen Unternehmen allgemein üblich, extern begleitet werden sollten. Wir werden daher das KDZ, aufgrund des Gesamtprojektes ist dieses sicher der geeignetste Anbieter, um ein

Angebot für die Begleitung des Umsetzungsprojektes ersuchen und dieses dem Personalausschuss zur Vorbereitung für die Gemeinderatssitzung zuleiten. Vor einer Umsetzung sind noch einige Detailbereiche zu klären. Deponie und Umwelt – unklar ist, wohin das kommen soll und vor allem ab wann. Bürgerbüro – ein Umsetzungskonzept ist zu erstellen. Grundsätzlich bedarf es eines dezidierten Umsetzungsauftrages des Gemeinderates an die Verwaltung.

Gemeinderat Falb: Ich will mich namens meiner Fraktion für die Stellung dieses Tagesordnungspunktes und für diese Fragen entschuldigen. Ich wollte ja nicht, dass öffentlich offenbart wird, was hier für Kompetenz ist. Wir machen extern ein Organigramm, eine Seite, das wird auch noch bezahlt, und jetzt brauchen wir eine externe Firma, Beratungsfirma zur Umsetzung. Nochmal, ich entschuldige mich, bitte lassen wir alles, so wie es ist. Es wird nur weitere Kosten verursachen. Es ist jede Liebesmüh umsonst. Frau Stadtamtsdirektorin nickt mit dem Kopf – ich habe scheinbar Recht. Tut mir wirklich leid – ein Projekt gescheitert.

Stadtrat Kronberger: Es gibt ja schon aus dem Jahr 2011 ein Organigramm und es gibt aus der Zeit auch schon Stellenbeschreibungen. Greift man auf die zurück oder macht man was Neues?

Stadtrat Kube: Man erfindet nicht wieder neu, man greift auf das zurück.

Gemeinderat Falb: Aber man zahlt für das Konzept dem KDZ ein Geld.

Stadtrat Kube: Bezahlung – da müssen Sie Herrn Zimmermann fragen.

Gemeinderat Falb: Da bauen wir noch drei Häuser, das ist gescheiter als das Geld, das da rausgeschmissen wird.

Gemeinderat Pfeiler: Vielleicht wieder auf eine fachliche Ebene zurückführen, weil ich finde das Thema wirklich wichtig. Ich habe ein paar Artikel dazu geschrieben. Die sind auf unserer Homepage nachzulesen. Mir ist wichtig, festzuhalten. Ich bin überzeugt, dass einfach eine Organisation mit knapp 300 Mitarbeitern braucht, ein verschriftliches Organigramm zu haben. Aus zwei Gründen: 1. hat jeder Mitarbeiter das Recht zu wissen, wer ist seine Führungskraft, wem berichtet diese Führungskraft in der nächsten Ebene, in welcher Struktur werden Themen abgearbeitet. Das ist eine Verpflichtung den Mitarbeitern gegenüber. Es ist nachgewiesen, dass in Unternehmen, in denen diese Strukturen nicht klar verschriftlich sind, sondern nur bekannt sind, dass dort einfach die Situation für Mitarbeiter wesentlich belastender ist, mit Folgen, die wir alle kennen – Burnout usw. Der 1. Punkt ist, gegenüber den Mitarbeitern fair zu sein und diese Organisationsstruktur zu verschriftlichen. Der 2. Punkt ist, dass es auch den Einwohnern der Stadt zusteht zu wissen, wer für welches Thema in der Stadt zuständig ist. Darum finde ich es jetzt ein bisschen schade, dass wir jetzt so polemisch über dieses Thema diskutieren, weil es ist meiner Meinung nach ein wirklich hochgradig ernsthaftes Thema. Dass verschiedene Dinge in der Organisation immer im Fluss sind, das ist so. Man wird nie schaffen, alle Themen fertig zu haben und dann das Organigramm. Was ich damit sagen möchte. Es kann doch nicht so schwierig sein, die Entwürfe, die vorliegen, einen Gemeinderatsbeschluss zu implementieren und wenn es einen Anpassungsbedarf in dem Organigramm gibt, weil wir ein Bürgerbüro einrichten oder das oder jenes, dann ändert man dieses Organigramm. Das ist in großen Unternehmen ganz normal und ganz üblich, dass sich diese Organi-

sationsstruktur ändert, aber zumindest wäre es wichtig, zeitnah einen Entwurf, der halbwegs tragfähig ist, hier zum Beschluss zu bringen.

**2.) Aussprache zum Verkehrskonzept                      abgesetzt**

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung und beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Kube Erwin

GR Mag. Andreas Straka

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder